

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Stanznummer 50 A. Durch Aufträge 2,20 M. pro Woche, 9.— M. pro Monat. Durch die Post 9.— M. pro Monat. Sperrstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8897.

Mittwoch, 1. Februar 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gepaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 M., außerdem 0,90 M. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 M. Kellame: Die Millimeterzeile, 9 gepaltene oder deren Raum im Text 3.— M.

Keine Zersplitterung — geschlossener Kampf.

Die Eisenbahn-Beamten vor dem Streik. — Gröner raubt das Streikrecht. — 30 000 Eisenbahner werden entlassen. — Der Kampf der Bergarbeiter. — Die Berliner Metallarbeiter vor dem Streik.

Die Reichsregierung hat auf die Forderungen der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner, die am 27. Januar eingereicht, sich im wesentlichen auf die Forderungen vom 3. Dezember stützen, eine Antwort gegeben, wie es brutaler der ärgste Scharfmacher nicht tun kann. Die Erfüllung der Forderung bedeute einen Mehraufwand von 50—60 Milliarden. Die Regierung lehnt es ab, die Bezüge ihrer Angestellten der sinkenden Kaufkraft des Geldes anzupassen. Die Regierung, die durch Massenentlassungen, riesige Tarifserhöhungen und niedrige Löhne und Gehälter die Eisenbahnfinanzen „sanieren“ will, fürchtet sich davor, einzugehen, daß alle Berechnungen und alle Sanierungspläne der Reichsfinanzen scheitern an der Tatsache, daß die kapitalistische Gesellschaft mit all dem Flickwerk einen Ausweg schaffen kann.

Der Hinweis, daß der 23er-Ausschuß des Reichstages bald zu der Frage Stellung nimmt, ist eine Verleumdung, auf die die Eisenbahner nichts geben dürfen. Im Ausschluß an diese nachsagenden Erklärungen droht die Regierung, daß sie mit den schärfsten Mitteln gegen jeden Beamten einschreiten werde, der vom Koalitionsrecht Gebrauch mache.

Die Regierung hebt den Urlaub für alle mit der Interessenvertretung der Eisenbahner und Beamten tätigen Gewerkschaftsfunktionäre auf.

Der Präsident der Eisenbahndirektion Berlin überbietet die Regierung an Drohungen gegen evtl. streikende Beamte und Eisenbahner. Er erläßt folgenden Aufruf:

Eisenbahner!
Ich halte es für meine Pflicht, auf die heftigen Erschütterungen und schweren Folgen hinzuweisen, die ein Streik der Eisenbahner gerade jetzt für die Allgemeinheit und das Vaterland im Innern und nach außen im Gefolge haben würde. Ich mache aber auch weiter unter Bezugnahme auf den bekanntgegebenen Ministererlaß vom 25. Januar, betreffend Beamtenstreik, nochmals auf die schwerwiegenden Folgen aufmerksam, die die Beteiligung am Streik für den Teilnehmer und seine Familie nach sich zieht.

An alle einschichtigen und verständigen Beamten ergeht daher meine dringende Aufforderung, sich ihres Treueverhältnisses zum Staate und ihrer Verantwortung bewußt zu sein und daher jede Aufforderung zur Beteiligung am Streik abzulehnen und ihrer Dienstpflicht in vollem Umfange nachzukommen. Die Eisenbahnverwaltung wird allen pflichtgetreuen Beamten in der Ausübung ihrer Pflichten mit allen Mitteln Schutz gewähren.

Die Eisenbahner und die Beamten, die nicht aus Uebermut, sondern von bitterster Not getrieben, die „Hand an die Gurgel des Staates“ legen, mögen sich bewußt sein, daß in der Verteidigung der einzig noch übrig gebliebenen „Revolutionserregungsschicht“, dem Streikrecht, die gesamte Arbeiterschaft hinter ihnen steht.

Mit sofortiger, schärfster Kampf wird den neuen Streich des den Arbeitern vom Krieg her bekannten Eisenbahngenerals Gröner zunichte machen.

Massenentlassungen bei der Eisenbahn.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Das Reichsverkehrsministerium hat wie wir hören, eine Verfügung herausgegeben, wonach im Bereich der deutschen Reichsbahn über den natürlichen Abgang hinaus bis zum 31. März 1922 20 000 Arbeiter entlassen sein müssen. Hiervon müssen auf Preußen-Becken 15 000, auf Bayern 1 800, auf Sachsen 1 400, auf Württemberg 600 usw. Von den 20 000 zu Entlassenden entfallen 5 000 auf die Bergarbeiter; hierbei sollen die Erbhänge, die am 1. April ausgetrieben haben und die Eisenbahn verlassen, mitgezählt werden. Etwa 8 000 bis 9 000 Arbeiter, die für die Entlassung vorgesehen sind, sind Bauarbeiter, welche im Bergbau als Ersatz benötigt werden. In Betracht kommen insgesamt etwa 30 000 Dienststellen, auf die sich die Entlassungen verteilen. Die Maßnahme ist ein erster entscheidender Schritt zur Wiederherstellung der Wirtschaftstätigkeit der Eisenbahnen auf der Westseite.

Lohnbewegung im Kohlenbergbau.

In einer Betriebsräte-Konferenz in Bochum nahm der alte Bergarbeiterverband Stellung zu den schwebenden

den Tarifverhandlungen. Folgende Entschliebung wurde angenommen:

1. Sicherstellung der Rechte der Betriebsräte nach dem von den Organisationen ausgearbeiteten Entwurf von Richtlinien zum Betriebsrätegesetz. 2. Schnellster Abschluß eines Tarifvertrages einschließlich Regelung der Frage der Unorganisierten. 3. Kontrolle der Geschäftsbücher und Anerkennung der von den Organisationen geführten Streiks.

Ferner wurden zwei Anträge angenommen, die Kohlenwirtschaft gemeinsam zu regeln und die Betriebsräte zu berechtigen, ein bis zwei Mitglieder in die Grubenvorstände zu entsenden. Die Kohlenpreise müßten auf Grund der Selbstkosten über das Reich gleichmäßig bemessen werden. Das in Berlin am 28. Januar abgeschlossene Lohnabkommen wurde angenommen, obwohl die Verammlung viel weitergehende Lohnforderungen für berechtigt hält.

Die anderen Bergarbeiterorganisationen hielten am Sonntag in anderen Orten des Ruhrgebiets ebenfalls Bezirkskonferenzen ab, in denen zu denselben Fragen Stellung genommen wurde.

Wir haben gestern schon zu dem Bestreben der Bürokratie des „Alten Verbandes“, die Unorganisierten von den Verbesserungen des Tarifs auszuschließen, Stellung genommen. Die Gewerkschaftler sollten ihre Energie vielmehr gegen die Befestigung der 7-Stunden-Schicht, für gründliche Erhöhung der Löhne einsetzen.

Delegiertenkonferenz der mitteldeutschen Bergarbeiter.

In Leipzig fand eine von 200 Delegierten als Vertreter von 150 000 mitteldeutschen Bergarbeitern besuchte Konferenz statt. Nach einer Entschliebung wurde die sofortige Aufnahme der Tarifverhandlungen erneut gefordert. Die am Sonnabend in Berlin zugestandene Schichtloohnerhöhung von 10 bzw. 8 Mark wurde als vorläufige Abschlagszahlung angenommen. Die Möglichkeit des Streiks sei für einige Tage verschoben, bis die Vermittlungsverhandlung in Halle stattgefunden hat.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Mit Zustimmung der Regierung ist vom Reichskohlenrat zum Ausgleich von Lohnerhöhungen(!) einstimmig die Erhöhung der Kohlenpreise ab 1. Februar beschlossen. Sie beträgt für die Löhne (ohne Steuer) bei Steinkohlen in Hauptrevieren 50 bis 61 Mark, bei Rohbraunkohle zwischen 10,80 und 15 Mark, bei Steinkohlenbriketts zwischen 34,40 und 40 Mark.

Welche Belastung die Industrie und damit den Verbraucher außerdem noch trifft, wenn die erhöhte Kohlensteuer in Kraft tritt, kann man sich noch nicht vorstellen. Die Grubenbarone legen schon jetzt erhöhte Preise fest, obwohl eine Lohnerhöhung noch gar nicht vorliegt.

Die Funktionäre der Berliner Metallarbeiter lehnen den Schiedsspruch ab.

Eine überfüllte Versammlung aller Funktionäre der Berliner Metallindustrie lehnte am Sonntag mit großer Majorität den Schiedsspruch für die Metallarbeiter ab. Der Schiedsspruch lehnt eine Lohnzulage für Januar ab und gewährt bis Ende März eine im höchsten Maße 1,50 Mark betragende Lohnzulage.

Das immer brutaler werdende Auftreten der Berliner Metallindustriellen, die trotz steigender Löhnerhöhung immer kleinere Lohnzulagen machen, zwingt die Arbeiter durch einmütigen Kampf ausreißende Löhne zu erzwingen.

Es wurde in der Versammlung beschlossen, in allen Betrieben eine Urabstimmung vorzunehmen.

Vor einem Generalstreik der tschecho-slowakischen Bergarbeiter.

Die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes forderte, daß spätestens bis zum 1. Februar die Forderungen der streikenden Bergleute des Kaiserreichs erfüllt würden. Für den Fall, daß bis dahin die Befriedigung des Streiks nicht erfolgt werden, werden vereinigte Bergarbeiterverbände der gesamten Tschechoslowakei alle Hilfsmittel zur Auslösung des Generalstreiks aller Bergarbeiter der Republik erteilt. Sollten bei Ausbruch des Generalstreiks einzelne Unternehmungen, die die Lohnforderungen nicht durchzuführen, die Nichtbeteiligung am Streik verlangen, so ist dies zurückzuweisen.

Staatsohnmacht — Staatszertrümmerung.

Zur Lage in Deutschland.
Von Paul Frölich-Berlin.
Gott will es! So ruft die deutsche Regierung, so rufen die Sozialdemokraten und das Zentrum, und so fröhlich es hinterdrein die Unabhängige Sozialdemokratie. Und dieser Gott, er heißt Lloyd George. Der Herr befiehlt und siehe, es geschieht. Nach der Menschen Kraft und Vermögen, verzieht sich. Bei Furcht und Hoffnung.

Was Gott verstimmen könnte, das wird peinlich vermieden. Die Angst vor der Sünde ist groß. Sie trieb dem Kanzler der deutschen „Republik“, Herrn Wirth, das Wort auf die Lippen: „Wir gehen nach Genua nicht mit dem Dolch im Gewande.“ Ach, überflüssige Versicherung! Dieser Schmod, der Schreiner, versichert der Welt, daß er kein Löwe sei und keiner zweifelt daran, denn er hat nicht einmal eines Löwen Fell.

Und doch hätte die deutsche Bourgeoisie Mittel und Möglichkeiten und allen Anlaß dazu, aufzutreten gegen die Entente, und die Macht zu benutzen, die ihr zur Verfügung steht. Es ist nicht die eigene Macht. Aber selbst die verzweifelte Lage Deutschlands hat ihre Stärke. Nicht allein deshalb, weil die Ausplünderung der deutschen Wirtschaft zu einer Lebensgefahr für die starken Industriemächte wird, sondern weil Deutschland einen natürlichen Verbündeten haben kann, wenn es nur will.

Um die Ausplünderung zweier Opfer handelt es sich auf dem Kongress der kapitalistischen Wegelagerer in Genua. Deutschland und Sowjetrußland. Handelte es sich allein um Deutschland, so blieben auch in Genua die Kapitalmächte unter sich wie in Versailles, in London, in Cannes. Deutschland wurde nur zugelassen, um sein Urteil zu unterschreiben. Aber Rußland ist trotz allem eine Macht, mit der man verhandeln muß über den Tribut, der ihm für eine Spanne Zeit Ruhe und Notdarf sichern soll. Bei den Gegenständen, die zwischen den Ententemächten wühlen, würde Deutschland in Genua eine Figur machen können, wenn es sich politisch mit Rußland verbinden wollte. Statt dessen wird es weiter die Rolle des Bedienten und des Prügelknaben spielen, die den regierenden Kleinbürgern (Sozialdemokraten und Zentrum) von Rechts wegen zukommt.

Die Hilflosigkeit der deutschen Regierung in der auswärtigen Politik beruht auf ihrer politischen Schwäche im Innern. Und sie wirkt unheilvoll auf die innere Politik zurück. Das Großkapital nutzt diese Schwäche mit Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit aus. Es befindet sich in ständigem Angriff, nicht nur auf die Regierung, sondern auf den Staat selber.

Aus dem furchterlichen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hat — abgesehen von der Landwirtschaft, die Wuchergewinne macht, ohne wirtschaftspolitisch ihre Position stärken zu können — nur die Trustindustrie (Kohle und Eisen), (Chemie und Elektrizität) große Vorteile gezogen. Ihr Glanz überstrahlt das Elend des Verfalls. Ihre Machtstellung in der Produktion muß sich politisch auswirken, solange wenigstens, als der andere gesellschaftliche Machtfaktor, die Arbeiterklasse, gelähmt ist.

Die Trustherren, die Stinnes, Thyssen, Klotter, Rathenau, Deutsch usw. bekennen sich heute entschieden dem ja zu dem Wort: Der Staat, das bin ich! Das bringt sie in den Gegensatz zum Staate. Das Trustkapital ist autoritär, ist Feind jeder Demokratie. Aus historischen Gründen, aus Furcht vor der Revolution aber muß heute wenigstens der Schein der Demokratie gewahrt werden. Darum ist das Ziel die Zertrümmerung des Staates, die Einengung seiner Funktionen, die Entmannung seiner Macht.

Das persönliche wie das Klasseninteresse trieb das große Kapital an — die fast ungedrohte Tradition aus wilhelminischer Zeit, die Verwirrung und die Schwäche der Regierung kamen ihm zu Hilfe. Es begann damit, dem Staate durch schamlosen Steuerbetrug und Steuerfälschung die Mittel zu verweigern. Das Reichsnotopfer, das als ein Mittel zur Enteignung des Großkapitals (angebliche Wegsteuerung von 60 Prozent der großen Vermögen) gepriesen wurde, blieb ein Schlag ins Wasser. Die Einkommen- und Vermögenssteuern von 1919 sind heute noch nicht bezahlt. Die Finanznot im Reich, in den Einzelstaaten und den Gemeinden ist dadurch katastrophal geworden.

Es fehlen noch 20 Mark

und dann erst, Genosse, ist Dein erster Anteil an die Produktiv-Genossenschaft voll gezahlt. Am Lohnstag denke auch an den Vertrauensmann der Produktiv-Genossenschaft und erhöhe Deine Spar- und Kampfpläne.

In seiner Not wandte sich das Reich an die Großindustrie, an die Kapitalisten, um Hilfe. Syllod Großindustrie forderte für diese Hilfe ein Stück vom Leben, ein Stück vom Wesen des Staates: die Eisenbahnen. Damals schrien die Sozialdemokraten ihr bestes: „Niemals!“ Zu gleicher Zeit erklärten sie sich zu einer Koalition mit der Partei des Großkapitals bereit, mit der Deutschen Volkspartei. Die Minister riefen: „Niemals!“ Und sie traten mit den Führern der Industrie in Verhandlungen ein.

Nach sind die Eisenbahnen im Besitz des Reiches. Aber schon haben die Großindustriellen mit ihren Mauerbrechern in die wirtschaftliche Macht des Staates Breche gelegt. Zu dieser Macht gehörten die zahlreichen Gemeindebetriebe, Elektrizität, Gas, Wasserwerke usw. Schon vor dem Kriege verstand es das Großkapital, sich neben diesen Gemeindebetrieben mit riesigen Unternehmungen festzusetzen. Finanznot und politische Schwäche zwingen heute die Gemeinden, ihren wirtschaftlichen Befehlstand aufzugeben. Große Werke gehen in Privatbesitz über. Berlin veräußert seine Kohlengruben aus Kapitalmangel für ein Spottgeld. Der sozialdemokratische Landtagspräsident und Oberbürgermeister Leinert verramscht die Hafenanlagen der Stadt Hannover. Durch das Löschen der letzten Habeseligkeiten wollen sich die Gemeinden vor dem Bankrott retten. Sie werden dadurch zu Bettlern. Die Industriellen gewinnen auf billigstem Wege wirtschaftliche und politische Macht.

Jetzt hat sich herausgestellt, daß jener Versuch, die hannoverschen Hafenanlagen zu verkaufen, nur ein Teil eines umfassenderen Planes war: Die deutschen Wasserstraßen sollen dem Kohlen- und Eisenkapital ausgeliefert werden. Die preussische Regierung hat mit diesem Kapital frech unter einer Decke gespielt. Während sie den Landtag beschwindelte, auf Anfrage alles ableugnete, verhandelte sie mit der Industrie über den Verkauf der Hafenanlagen von Duisburg-Mühlort. Das ist wahrscheinlich der größte Binnenhafen der Welt, der Knotenpunkt der deutschen Wasserwege. Wer ihn besitzt, beherrscht das ganze Strom- und Kanalsystem von Rhein, Elbe und Donau. Durch seinen Übergang in Privatbesitz sind die Reichseisenbahnen bereits angegriffen. In den Verhandlungen zwischen dem preussischen Staat und der Großindustrie, die jetzt bereits öffentlich geführt werden, erklärte der Großindustrielle Klöckner frohlich höhrend: „Man müsse sich mit dem Gedanken abfinden, daß es in Kürze keine Staatsbetriebe mehr geben werde.“ Das zeigt die gewaltige Bedeutung der Sache.

Scheinbar widerspricht diesem allen das Steuerkompromiß, das jetzt von den bisherigen deutschen Regierungsparteien mit der Partei der Großindustrie (Deutsche Volkspartei) abgeschlossen worden ist. Die Kapitalisten sollen eine Zwangsanleihe zahlen, die für drei Jahre unverzinstlich ist. Aber dieser scheinbare Widerspruch ist in Wirklichkeit eine Bestätigung unserer Auffassung. Erstens kaufen sich die Kapitalisten mit dieser Zwangsanleihe los von den noch zu zahlenden Raten des Reichsnotopfers und von erheblichen Teilen der Vermögenssteuer. Es läßt sich noch gar nicht sagen, welches vom reinen Finanzstandpunkt aus für die Kapitalisten der größere Vorteil ist. Zweitens sind auf diese Zwangsanleihe wirkliche Zahlungen frühestens am Ende des Jahres zu erwarten und bis dahin kann sich die politische Situation in Deutschland gewaltig geändert haben. Ob dann die Zwangsanleihe noch existieren wird, das steht dahin. Drittens aber, und das ist das Entscheidende, haben die Industriellen mit dem Abschluß des Steuerkompromisses die Regierung vollkommen in ihre Hand bekommen. Die Sozialdemokraten haben sich dem Kompromiß bedingungslos unterworfen. Die Industriellen aber verlangten persönliche und sachliche Garantien. Das heißt, sie fordern die wichtigsten Ministerien für sich und sie präsentieren heute schon den kommenden Finanzminister und fordern weiter die Stimmgebung der Eisenbahn, ihre Überführung in die Hände der Großindustrie, die Aufhebung des Achtfundentages, die Entscheidung über die längst vorbereiteten Antitrustgesetze usw.

Was bedeutet das alles? Es ist der Abbau des Staates. Es ist die Rückkehr zur Staatstheorie des Mandarintums, die Aufstellung des Grundgesetzes, daß der Staat mit der Wirtschaft nichts zu tun habe, in die Wirtschaft nicht hineinzutreten dürfe. Ja, es ist schlimmer noch als das, was Sozialisten die Idee des Nachwachstumsstaates nannte. Denn die Kapitalisten sind dabei, langsam aus den Staat die Aufgabe zu entheben, ihr Eigentum zu schützen. Sie schaffen sich jetzt schon auf ihren Betrieben eine eigene Polizei und ein eigenes Spitzelsystem, und die Justizgewalt im Betriebe haben sie bereits trotz aller schönen Paragraphen im Betriebsratgesetz.

Die Kapitalisten betreten sich in jeder Hinsicht von der Bevormundung des Staates. Sie übernehmen einen guten Teil seiner Funktionen und in der Armee, die vom Staat noch übrig bleibt, ist das Trupphospital die gewaltigste Macht.

Indem die sogenannten demokratischen Parteien auf Grund des demokratischen Regiments der Großkapitalisten eine Konzeption nach der andern machen, denken sie die Demokratie an die Herrschaft der kleinen Clique von Truppmagnaten ab. Die Funktion des Staates besteht in der Aufhebung seiner Funktionen.

Der letzte Sinn des Ganzen ist die Strigerung der Ausbeutung. Die andere Seite des Steuerkompromisses besteht in der Bewilligung ungeheurer individueller Steuern. Hungersteuern werden die Hälfte des Arbeiterlohnes, dieses Hungersteuern, weggenommen. Nicht bestraft wird das Fressende, denn noch immer bleibt ein gewaltiges Defizit allein für die unmittelbaren Staatsausgaben, von den Reparationskosten gar nicht zu sprechen. Die Veräußerung des Reiches geht fort, die Herrschaft von Papiergeld wird bekräftigt werden, die Lebensmittelpreise werden weiter steigen. Der Widerstand der Arbeiter gegen diese Hungerpolitik ist bald brutal niedergeschlagen werden, und damit wird sich das deutsche Trupphospital eine neue Bestimmung erheben.

Schuld an dieser Entwicklung ist die Kleinbürgerliche Schwäche und Feigheit der beiden sozialistischen Parteien. Sie

haben Stimmen und den Seinen den Weg frei gemacht, und sie arbeiten ihnen heute noch in die Hände durch die Sabotage jedes größeren Lohnkampfes der Arbeiter. Daß wir in Deutschland Arbeiterparteien haben mit kleinbürgerlicher Führung, das ist das Verhängnis des deutschen Proletariats.

Und dennoch wird die Rechnung der Unabhängigen und der Sozialdemokraten wie der Industriegewaltigen ohne den Wirt gemacht sein. Denn ob auch heute die deutsche Arbeiterklasse als willenloses Opfer dieser Entwicklung erscheint, sie ist doch der mächtigste Faktor im sozialen Leben Deutschlands. Sie wird durch die Politik der Stimmen und Konfessionen mit geschichtlicher Notwendigkeit in den Kampf getrieben für das nackte Leben Deutschlands. Sie wird gezwungen zu einem verzweifeltsten Kampfe, und in ihm wird sie erlangen das Kraftbewußtsein, das zum Siege führt.

Politische Uebersicht.

Was die Wirth-Regierung bezahlen will.

Zur deutschen Note an die Reparationskommission.

In der Wilhelmstraße war man wieder einmal sehr schlau. Die Reichsregierung hat wieder einmal einen Strohhalm, an dem sie sich klammert, nämlich den englischen Weihnachtsmann Lloyd George. Man glaubt, daß die Schwierigkeiten der Reparationsfrage im wesentlichen überbrückt sind und daß man sich nicht all zu sehr anzustrengen habe. Es ist daselbe, wie feinerzeit in der oberschlesischen Angelegenheit. Die deutschen Machthaber glaubten solange an Lloyd Georges Festigkeit, bis es plötzlich — ganz anders kam. Umsonst ist vor den Augen des Herrn Rathenau der Oberste Rat in Cannes auseinandergeflogen. Rathenau und sein Meister Wirth können den Ernst der Lage immer noch nicht begreifen.

Die Reparationskommission hatte bekanntlich am 13. Januar der deutschen Regierung den vorläufigen Zahlungsausschub gewährt, daran aber die Bedingung geknüpft, daß die deutsche Regierung binnen 15 Tagen 1. ein Reformprogramm für den Haushalt und den Notenumlauf, 2. ein vollständiges Programm der Barzahlungen und Sachleistungen im Kalenderjahr 1922 vorlegt. Diese Forderung hat die Wirth-Regierung nun erfüllt; ihre Note zerfällt in zwei Teile, der erste befaßt sich mit der Reform des Staatshaushalts. Es sind die guten alten bekannten Rathenau'schen Ideen von Cannes, die hier aufgewärmt werden. Es wird bread berichtet, wie teuer jetzt in Deutschland Post und Eisenbahn werden, es wird erzählt, wie der deutsche Arbeiter durch Umsatz- und Kohlensteuer gedrückt wird, wie der Brotpreis in Deutschland höher klettern soll und wie man die Arbeitslosen-Unterstützung verschwinden lassen will. Soweit sind die Ausgaben der Note wahrheitsgetreu. Wenn aber weiter erzählt wird, wie rücksichtslos man in Deutschland den Besitz bestreift, und daß energische Maßnahmen gegen Kapital- und Steuerflucht getroffen seien, so kann Herr Wirth mit diesen Behauptungen im laudigen Ausland nur einen Heiterkeitsersfolg erzielen. Dann wird allerlei von der Zwangsanleihe berichtet, eine möglichst geringe Finanzspruchnahme der Notenpresse wird versprochen und wenn die Entente kein Bargeld bekommen soll, so will man ihr wenigstens eingehende Statistiken über die wirtschaftliche und finanzielle Lage in Deutschland liefern.

Die gesamten finanziellen Kapfsünde der Herren Wirth, Rathenau und Herres reichen aber beifalls dazu aus, den inneren Geldbedarf des Deutschen Reiches zu decken. Für die Reparation bleibt nicht viel übrig. Das ist ja das Tropfste an dieser ganzen Erfüllungspolitik der Wirth und Silberding, daß man auf diese Weise zwar das Glend der deutschen Arbeiterschaft fördert, aber niemals das Faß ohne Boden, genannt Reparation, fassen kann. Deshalb ist das Programm für die deutschen Leinungen in diesem Jahre sehr mager geraten. Es wird erklärt, daß es wirtschaftlich unbedingt erforderlich sei, daß Deutschland im laufenden Jahr überhaupt keine Barzahlungen leistet. Weiter wird um Ermäßigung der Belastungen durch den Verlust des sogenannten Auslandserlöses ersucht. Es wird prinzipiell die Bereitschaft zu Sachleistungen ausgedrückt, aber dann heißt es wieder, daß die Sachleistungen Deutschlands auch Geldzahlungen erfordern werden, soweit dazu ausländische Rohstoffe nötig sind. Also auch dazu ist Deutschland nicht gut imstande. Am Ende erklärt Herr Dr. Wirth ganz einfach, die Reparationsfrage sei nur so zu lösen, daß Deutschland eine große internationale Anleihe erhält.

Auch vom bürgerlich-kapitalistischen Standpunkt aus im Sinne der sogenannten Erfüllungspolitik ist diese Note eine angehrte Dummheit. Denn aus ihrem zweiten Teil kann die französische Regierung ohne viel Mühe den Nachweis führen, daß Deutschland überhaupt nichts Wesentliches in diesem Jahr zahlen will. Lloyd George aber hat sich trotz aller Weisheitsprüche darauf festgelegt, daß Deutschland die Reparation leisten muß. Die Aufnahme der deutschen Note in Paris ist ja bereits begründet.

Die neueste außenpolitische Leistung der Wirth-Regierung besteht in der Tatsache, daß auf diesem Wege kein Weiterkommen möglich ist, trotz aller Scherzhaftigkeiten. Will das deutsche Proletariat aus dem jähigen Glend herauskommen, so muß es die verantwortlichen Direktoren aus der Wilhelmstraße durch eine energische Arbeiter-Regierung ersetzen, und die Erfüllung der Sachwerte muß auf alle der bisherigen Steuerkapfsünde treten, die weiter nach außen, auch nach innen hin Joad haben.

Marcel Cachin vor den Berliner Arbeitern.
Die internationale proletarische Kundgebung im Berliner Sportpalast

über die bereits in der gestrigen Nummer kurz angezeigte internationale proletarische Kundgebung in Berlin geht uns noch folgender ausführlicher Bericht zu:

In ungeheurer Schare waren am Sonntag die Berliner Arbeiter dem Saale der SPD zur internationalen Kundgebung gefolgt. Bereits lange vor Beginn des Meetings war der Sportpalast die größte Halle Berlins, bis auf den letzten Platz gefüllt. Und während zu gleicher Stunde im Reichstag ein Konters-

tikel davongegangener Parlamentarier der SPD, in geheimer Versammlung sagte, marschierte Zug auf Zug der Berliner Proletarier in den Riesensaal in der Potsdamer Straße, bis an 15000 Menschen alle Galerien und Ränge füllten und Zeugnis davon ablegten, daß die SPD stärker ist, denn einst.

Der Anlauf zu dem Massenbesuch war allerdings ein außerordentlich. Galt es doch in Marcel Cachin den Führer der SPD Frankreichs zu begrüßen, des Landes, auf dessen Imperialismus sich heute die Augen der ganzen Welt richten. Marcel Cachin war der einzige, der es wagte, dem Ministerpräsidenten Poincaré vor zehn Tagen in der Pariser Kammer die ganze Wahrheit ins Gesicht zu schmeißen, und ihn als gemeinen Kriegsherr zu bezeichnen, der er in Wirklichkeit ist.

Marcel Cachin ergreift auch als erster im Sportpalast das Wort. Zu mehr als halbstündiger Rede sollte er mit französischer Lebendigkeit, aber auch mit kommunistischer Klarheit und Entschiedenheit die Probleme auf, die heute Frankreich und Deutschlands Arbeiter beschäftigen. Einleitend wies er darauf hin, daß die SPD, die einzige Partei des französischen Proletariats, die Aufgabe ihrer Presse die höchste des Landes ist. Zur Frage der Reparationen schloß er die Sabotage der französischen Kapitalisten, die um des Profites willen die zerstörten Gebiete lieber brach liegen, als von den Deutschen aufbauen lassen. Er kündigte den härtesten Kampf seiner Partei gegen den Militarismus Poincarés an und versicherte, daß die SPD einen neuen Krieg mit allen Mitteln verhindern würde. Ironisch wurde Cachin, als er auf die Rolle Lloyd Georges zu sprechen kam, der im Dezember 1918 sein Parlament zusammenbrachte mit der Parole: „Säng den Kaiser, Deutschland zahlt alles!“

Deutschland hat nicht alles bezahlt, der Kaiser ist nicht gehängt. Die Bolschewiki, vor kurzem noch Verbrecher genannt, sie werden heute höchlich gebeten, am Wiederaufbau mitzuarbeiten und nach Genua zu kommen.

Aber, so jagt Cachin: Ich glaube an keinen Erfolg in Genua. Man wird diskutieren und auseinandergehen, ohne etwas gebessert zu haben. Der Kapitalismus ist unfähig, die Krisen zu lösen. Nur die Arbeiterschaft aller Länder, nur die Sowjetrepublik Mitteleuropas kann den Verfall der Produktion retten. Mit einem Hoch auf die kommunistische Partei Deutschlands und Frankreichs und die dritte Internationale schloß Cachin unter stürmischen Beifall.

War die Rede Cachins ein wichtiges Bekenntnis zur Verbindung französischer und deutscher Arbeiter, so war die Rede unserer Clara Zetkin ein kluges Meisterstück kommunistischen Geistes und gleichzeitig eine scharfe, leidenschaftliche innerpolitische Kampfanzeige gegen die scheindemokratischen Vataken Stimmen: die SPD, eine Kampfanzeige zugleich gegen den Reformismus von Scheidemann bis Friesland. Aber nicht nur der innerpolitische Kampf darf uns beschäftigen, wir müssen über Grenzen sehen und gerade unsere französischen Genossen sind es, mit denen gemeinsam wir den Geist des Kapitalismus und Nationalismus bekämpfen wollen. So wie aus der Vermischung deutschen und romanischen Geistes die Hochkultur der Dichtung und Baukunst im Mittelalter entstand, so wie aus der Vermischung der antiken Form mit den Ideen des Christentums die Blüte der Renaissance Kunst erblühte, so gewaltig und noch gewaltiger wird die Kultur der Welt befeuert werden, wenn die größte Revolution aller Zeiten eintritt, die Ablösung des Kapitalismus durch die Herrschaft der freien Arbeiter aller Länder.

Nach Clara Zetkin sprachen noch Karl Kreibitz (Tschechoslowakei), Genossin Cranford (England), Gen. Alexandra (Rußland), Borowski (Polen), Wladimir (Balkan) und viele andere, die alleamt die Größe der Länder überdrachten, deren Proletariat sie entzündet hatten. Viele aufeinander und kluge Worte wurden gesprochen, aber der Jubel stieg auf seinen Höhepunkt, als Fritz Dedert zum Ergebnis unwandelbarer kommunistischer Kampfgemeinschaft Marcel Cachin die Hand reichte.

Die Klänge der Internationale durchbrauten, von Jehutaunenden mitgehungen, den Raum und nur langsam leerte sich die Halle.

Die SPD aber darf nach dieser gewaltigen Kundgebung, auf die sie mit Stolz zurückblicken darf, für die kommenden inner- und außenpolitischen Kämpfe das Bewußtsein haben, daß sie gerüstet dasteht, national und international geehrt. Sie kann und soll nach diesem Beweis des Vertrauens der Berliner Arbeiter handeln nach dem Grundsatz:

Mut, Mut und nochmals Mut!
Dann werden wir siegen!

Wie denken die SPD-Arbeiter über das Steuerkompromiß?

Die Opposition innerhalb der SPD gegen das Steuerkompromiß mit Stimmen wächst. Am 19. und 21. druckte die Frankfurter sozialdemokratische „Volksstimme“ zwei Artikel ab, die sich scharf gegen die Steuerpolitik Stampfers wandte. Jetzt hat auch das Chemnitzer Organ der SPD, die „Chemnitzer Volksstimme“ Stellung gegen das Steuerkompromiß genommen. Wir sind mit ihren Ausführungen völlig einverstanden, zumal sie offen dieselben Gefahren, die durch das Steuerkompromiß der SPD für die Arbeiterschaft drohen, enthüllen, wie wir sie zu wiederholten Malen aufgezeigt haben. Das Blatt schreibt zu den Steuerverhandlungen:

„Es muß ausgesprochen werden: Der Weg zur Stunde ist mit Konzeptionen gepflastert. Wir haben an anderer Stelle bereits gezeigt, daß jede Partei, die unwillig und aus egoistischen Interessengründen jetzt eine Ministerkrise herbeiführt, schwerste Verantwortung trägt. Aber die Verantwortung wird nicht geringer für die Partei, die zur Verhütung einer Augenblickskrise, an der sie schuldlos ist, die Republik und damit die arbeitende Bevölkerung in eine unheilbare Katastrophe stürzt. Das wäre eine Politik auf sehr kurze Sicht. Gehen wir von unserer Forderung der Ergründung der Sachwerte, die doch nur ein erster Schritt ist, ab, so ändern wir damit den gesamten zukünftigen Kurs. Nicht hinter dem Steuerkompromiß steht die große Koalition, steht Herr Stinnes und sein Beauftragter Stresemann bereit und entschlossen, das Steuer des Regierungsschiffes noch weiter nach rechts zu drehen; bis auch die verhasste Sozialdemokratie über Bord ist.“

Aufgeben der Frage, die jetzt aber nie zum Austrag kommen muß, heißt auch sie aufgeben. Die Sozialdemokratie wird sich, wenn sie jetzt wieder die Rolle der Krügerin übernimmt, lediglich in einer Sackgasse befinden und ein willkommener Werkzeug für Kapitalisten und Konzeptionisten sein, das man wegwirft, wenn es seinen Dienst getan hat und zerbrochen ist. Aber auch nicht mehr! Unser Verantwortungsgefühl erfordert in diesem Fall nicht nachgeben, sondern unergründliche Festigkeit, wenn wir nicht aus Furcht vor einer notwenigen, wenn auch nicht gefährlichen Operation das deutsche Volk in banerabes Eichtum stürzen wollen.“

Wir begrüßen die fortschreitende Klärung innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Doch wer es sagt, muß auch es sagen. Wenn die Chemnitzer Sozialdemokraten die Verderblichkeit der Steuer- und Konzeptionspolitik der SPD Führer anerkennen, müssen sie auch den härtesten Kampf gegen diese Führer aufnehmen und sich in die Einheitsfront der Arbeiterschaft einreihen, zum Kampfe gegen die Regierung Wirth, gegen die Stinnesherrschaft, für die wirkliche Ergründung der Sachwerte, für die Durchführung der zehn Punkte des ADSS. Und zwar nicht nur in Berlin, sondern auch in der Tat.

Genua Lenin geht nach Genua.

Das Zentralratskomitee des allrussischen Sowjets beschloß in seiner Sitzung vom 27. Januar, daß Lenin als Bevollmächtigter der russischen Delegation an der Konferenz von Genua teilnehmen soll. Zu seinem Stellvertreter wurde Wladimir bestimmt, zu weiteren Mitgliedern der Delegation: Krasin, Sinowow, Borowski, Joffe, Schlapnikow, Kabanow, Gajdarow, Radjupal und Marjanow.

Von der „Radbruch-Justiz“.

Ein Musterbeispiel.

In der sozialdemokratischen „Östlicher Volkszeitung“ lesen wir einen für die Justizverhältnisse in der freien Oberrepublik so bezeichnenden Artikel, daß wir ihn unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Es heißt d.:

Selt unsere Veröffentlichungen in Sachen der Orgesch und ihrer Mitglieder sind einige Wochen ins Land gegangen. Verschiedentlich wurden mir bereits gefragt, was nun in der Angelegenheit geschieht und ob auch die Staatsanwaltschaft etwas unternehmen wird. Heute können wir unsere Lesern und allen, die ein Interesse daran haben, mitteilen, daß die Staatsanwaltschaft eifrig am Werke ist. Sie hat die ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen ergriffen, aber nicht etwa gegen die Orgesch bzw. den Heimatverband Schlesien — in dessen Rahmen und unter dessen Namen die ehemaligen Orgeschleute sich zusammengeschlossen haben — sondern gegen die „Östlicher Volkszeitung“, die das geheime und geschwehrtre Treiben dieser Leute aufdeckt. Der Staatsanwalt hat ein Strafverfahren gegen den Verantwortlichen der „Östlicher Volkszeitung“ eingeleitet wegen — Aufreizung zum Klassenhass! (§ 130 des Strafgesetzbuches.) Die Östlicher Staatsanwaltschaft sucht damit offenbar die Palme zu erreichen für Dinge, die in der Republik wohl kaum noch zu überbieten sind.

Des weiteren teilt die „Östlicher Volkszeitung“ mit, daß dies unverächtliche Strafverfahren veranlaßt worden sei durch einen Staatsanwaltsgehilfen Biernert, der zu der „verbotenen“ Organisation Stahlhelm gehört.

Es wird zum Schluß gefragt: Was hat die Staatsanwaltschaft gegen die Orgesch im Gewand „Heimatverband Schlesien“ bisher getan?

Wir geben zur Antwort: Nichts! Selbstverständlich! Wie ja die „Östlicher Volkszeitung“ selbst feststellt, sind diejenigen, die „Recht sprechen“ sollen, selbst Orgeschleute. Die Dinge liegen eben viel tiefer. Wir fragen unsererseits: Was hat die SPD. getan, um die Reaktionsäre aus der Justiz zu entfernen? Ganz abgesehen davon, daß sie längst die Forderung des Erfurter Programms „Wahl der Richter durch das Volk“, ausgegeben hat, ganz abgesehen auch davon, daß die wirklichen Organisatoren der Einwohnerwehren und Orgeschverbände die Feinde und Rivalen gewesen sind, ganz abgesehen schließlich auch davon, daß die SPD. zur Zeit der oberschlesischen Wahlen selbst tatkräftig alle diese Orgeschformationen großherzpaßelt hat — wo bleibt der aus parteitagatorischen Gründen immer wieder (Bielefelder 8 Punkte nach dem Rapp-Putsch!) versprochene Kampf für die Säuberung, vor allem der Justiz, von den reaktionären Orgeschbanditen?

Auf uns kann das Gestammel des Schlusssatzes des Volkszeitungs-Artikels, „Herr Justizminister Radbruch, wie läßt sich dieser Uebelstand beseitigen“, nur lächerlich wirken.

Der Herr sozialdemokratische Minister betreibt, wie z. B. der Fall des Hochverraters Ludendorff, vor den sich Radbruch schüßend gestellt hat, beweist, gegenüber den Reaktionsären, eine um so „radbrüchigere“ Politik, je fester seine Justiz bei den Arbeitern zupackt.

Orgeschbanditen dürfen unter einem sozialdemokratischen Justizminister die Parteigenossen desselben Justizministers wegen „Aufreizung zum Klassenhass“ belangen, während gleichzeitig immer noch Hunderte von revolutionären Arbeitern in den Zuchthäusern und Gefängnissen sitzen!

Ist das nicht der Gipfel? Was sagen die SPD.-Arbeiter dazu?

Wenn den Sozialdemokraten daran liegt, d. h. sich die gesamte Arbeiterklasse mit Einschluß der Kommunisten vereinigt zum Kampf gegen die Klassenjustiz, dann gebietet es nicht nur das Klassenbewußtsein, nicht bloß der gesunde Menschenverstand, sondern schon das politische Anstandsgefühl, daß sie mit uns eintreten für die Forderung:

Heraus mit allen politischen Gefangenen der Arbeiterklasse aus den Zuchthäusern und den Gefängnissen!

Ein neues Schandurteil.

Ein unglaubliches Urteil fällt das holländische Schouwergericht gegen den Schweizer Paul Eichmann aus Gönstfeld, der wegen Beteiligung an der Märzaktion in Mansfeld vor Gericht stand. Eichmann, ein schwer kranker Mensch, der bereits vor dem Kriege wegen Geisteskrankheit vom preussischen Militär entlassen wurde und oftmals in Nervenkuranstalten war, wurde wegen Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz, Aufrufes, Landfriedensbruch unter Verfassung milderer Umstände zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt, unter Anrechnung von acht Monaten Untersuchungshaft.

Das ist die Antwort der Klassenjustiz auf das Verlangen der gesamten Arbeiterschaft nach der Amnestie der Märzopfer. Während die im Frühjahr vorigen Jahres von dem Sondergerichten verurteilten Arbeiter noch immer im Zuchthaus schmachten müssen, verhängen die Gerichte auch über diejenigen, die ihnen als Nachzügler der großen Justizabschlachtung in den Wochen fallen, empörende Schandurteile. Auch das Urteil gegen Eichmann muß nur die Wirkung haben, den Schrei nach der Amnestie zu verstärken.

Erneuter Hungerstreik politischer Gefangener in Hamburg und Magdeburg.

In Hamburg befinden sich in Hungerstreik fünf von Ausnahmegerichten zu schweren Zuchthausstrafen verurteilte Genossen. Dieser Hungerstreik wurde bis zuletzt von den Gefängnisbehörden vertuschelt. Nachdem unsere Hamburger Genossen zur Protestation aufgefordert haben, nehmen jetzt die Hamburger Arbeiter überall Stellung zum Hungerstreik. In den Schiffswerften Jansen & Smillink Nachf. wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die politischen Arbeiterorganisationen sowie der ADGB ersucht werden, sich sofort mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die unverzügliche Freilassung der politischen Gefangenen einzusetzen. Ähnliche Entschlüsse wurden auch in der Reichsfabrik Werft angenommen und eine Deputation, bestehend aus Mitgliedern der SPD, USF, SPD und Union, zur Justizbehörde entsandt. Betrieb um Betrieb beschließt jetzt in Hamburg die Freilassung der Gefangenen. Die von der kommunistischen Partei zu diesem Zweck einberufene Versammlung ergab bei einer Teilnehmerzahl etwa 1500 Mann. In allen Betrieben sollen jetzt Delegationen gewählt werden.

In Magdeburg hungert der Genosse Annette. Genosse Annette blieb weiter nichts übrig, als zu diesem letzten Mittel zu greifen, da er nirgends zu seinem Recht kommen kann. Sämtliche Beschwerden, welche er über seine Inhaftierung losließ, wurden einfach abgelehnt, trotzdem er absolut hahnunfähig ist und ständig das Bett hüten muß. Genosse Annette ist ja nur ein einfacher Prolet!

Wieder ein Kriegsverbrecher geflohen.

Vor einigen Wochen gelang es dem U-Boot-Verbrecher Boldt aus dem Hamburger Gefängnis zu entfliehen. Dasselbe ist jetzt auch seinem Komplizen, dem Oberleutnant Dittmar gelungen. Dittmar ist in der Nacht zum Montag aus dem Raumburger Gefängnis ausgebrochen, jenem berüchtigten Kerker, wo nach der Märzaktion Hunderte von revolutionären Kämpfern gepeinigt und mißhandelt wurden. Selbstverständlich hat von der Gefängnisverwaltung niemand etwas gemerkt und selbstverständlich ist dieser Verbrecher im Offiziersrock auch nicht auf der Flucht erschossen worden.

Es ist ein blutiger Hoß auf die Rechtszustände in der deutschen Republik. Die Kriegs- und Rappverbrecher, Mörder und Hochverräter läßt der sozialdemokratische Justizminister in der Freiheit herumspazieren; die revolutionären Arbeiter schmähten nach wie vor hinter Kerkermauern. Und das nennt man Gerechtigkeit! Es muß Sache der gesamten Arbeiterschaft sein, die Freilassung der politischen Gefangenen unter allen Umständen zu fordern.



Salem Aleikum Salem Gold Zigaretten

Bemerkenswerteste Eigenschaften:
Milder Geschmack, würziges Aroma, Bekömmlichkeit.
Nr. 50 60 80 100
Preise: 50 60 80 100 Pf. d. Stck.
Cavalier 100, Cabinet 150, Auslese 200 Pf.
Erhältlich in den besseren Zigarngeschäften.

Schlesische Rundschau.

Unbestrafter Mord.

Die zur Durchführung des Duderthilfswertes vorgenommenen Untersuchungen ergaben 93 Prozent der Schullinder als unterernährt, 50 Prozent als krank (Blutarmut, Asthma, Herz-, Augen-, Haut- oder Nervenleiden, Stomatose, Nephritis, Tuberkulose).

Diese Zahlen, die ein bürgerliches Telegraphenbüro kurz und bündig als eine für die Stadt Erfurt zutreffende „Tatsache“ meldet, treffen natürlich auf alle Orte zu, in denen vorwiegend Arbeiter wohnen. Sie zeigen in einer eindringlichen Sprache das ganze Elend der deutschen Arbeiterschaft und eröffnen einen grauenvollen Ausblick auf das große Proletariatssterben, das mehr und mehr einleitet. Die 93% unterernährte Schullinder sind begreiflicherweise ganz besonders empfänglich für allerlei Krankheiten. Der schwache Körper hat keine Widerstandskraft. Noch schlimmer steht es mit den 50% als krank bezeichneten Kindern. Sie sind unweigerlich einem frühen Tod gewidmet, falls nicht alles getan wird, was zu ihrer Heilung und Kräftigung notwendig ist. Aber wie sollen die proletarischen Eltern mit ihrem jetzigen Einkommen das durchführen? Der gutgenährte, gutwohnende und gutgekleidete Bürger läßt sich freilich von dieser „Tatsache“ nicht aus dem feilschen Gleichgewicht bringen. Er lebt weiter in Sauf und Braus. Die gestorbenen Proletariatskinder werden ja nicht als Verkehrsbehindernde auf den Straßen liegen und das ästhetische Empfinden der „besseren Gesellschaft“ beleidigen. Nur die Arbeitereltern werden es spüren ertragen und sehen, wie in den Winkeln kalter dummer Böden — genannt Wohnungen — ihre unterernährten Kinder erkranken, dahinsiechen und langsam zu Grabe gehen. Nur die proletarischen Eltern werden, obwohl sie selbst kein beneidenswertes Dasein führen, ihre Kinder beweinen und das noch schlimmere Los ihrer Kinder beklagen. Doch Klage-lieder können hier nicht Abhilfe schaffen, können nicht das Uebel an der Wurzel fassen. Helfen kann nur das Proletariat selbst, indem es das verfluchte kapitalistische System, das sich im höchsten Stadium der Auflösung befindet, beseitigt — restlos beseitigt. Das kapitalistische Deutschland gibt Milliarden für Reichswehr, Schupo und Spitzelbüros aus und läßt die Kinder verrecken. Schon dies ist Grund genug, alle Arbeitenden in Stadt und Land zusammen zu bringen zum gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus.

Niedriger hängen.

Die „Schlesische Bergwacht“ hat sich in letzter Zeit mehrmals mit meiner Person beschäftigt und eine Menge Lügen über mich verbreitet. Ich habe in der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ darauf geantwortet und die „Bergwacht“ als bewusste Verleumderin hingestellt, wenn sie nicht das Schreiben über meine Entlassung veröffentlichte.

Anstatt dem nachzutommen, kneift sie und erklärt, ob ich entlassen sei oder nicht, sei nicht von Belang. Also nach dem alten Satz: Verleumde nur drauf los, etwas bleibt schon hängen.

Wohl ein hundertmal schimpft mich die „Bergwacht“ wegen der Aufdeckung einer Schweinerei eines Demunzianten. Ueber Moral läßt sich bekanntlich streiten, aber eins sei Euch gesagt: in Chemnitz hat die SPD. nicht darüber in der Zeitung geschrieben. Die Geschichte wird auch nicht besser, wenn sie von der Bergwacht ein Jahr zurückverlegt wird. Es stimmt nicht, wenn gesagt wird, es sei während des Krieges, 1918, um den Rittagstisch der im Bolschewismus essenden Arbeiter etwas aufzubessern, ein Döppe hinterherum geschlachtet worden. Jetzt steht, es war 1919, wo wir in Chemnitz eine absolute Mehrheit der SPD. im Stadtparlament hatten, daß ein Sozialdemokrat Dezernent des Lebensmittellandes war, ein Sozialdemokrat war Wirtschaftsminister in Sachsen. Öffentlich wurde von der SPD. das Schiebertum gebrandmarkt und selbst tat man das Gleiche. Die Lüge wird auch nicht glaubhafter, wenn man eine Note hinzusetzt, indem behauptet wird, außer mir habe auch Brandler vom Döppe mitgegessen. Denn die „Bergwacht“ reißt hätte, daß es 1918 war, dann sei ihr verzeihen, daß damals Brandler als lästiger Ausländer ausgewiesen worden war, ja ja, Lügen haben kurze Beine. Das Geketze über die SPD. und die Elemente in ihren Reihen läßt mich kalt, die Partei hat bisher jeden, den sie als Schädling erkannte, von keinem Posten, eventuell aus der Partei entfernt, und sie wird dies auch in Zukunft tun.

Da jetzt aber die Zeit zu ernt ist, um den Platz der Zeitung mit solch persönlichem Gezänk auszufüllen, werde ich nicht mehr darauf eingehen, sondern in jeder Versammlung zu dem Schiedsrichter der „Bergwacht“ das sagen, was notwendig ist.

Zum Schluß empfehle ich der Bergwacht, die bei unwarer Behauptung, ich sei entlassen worden, nicht zurücknimmt, in der

eigenen Partei vor der Türe zu lehnen. Ich frage hiermit an und erbitte zum Antwort in der Bergwacht: Warum ist der sozialdemokratische Parteisekretär Buchwitz in Grotz als Angestellter des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Jahnndorf bei Chemnitz entlassen worden. Laßt Euch gesagt sein, nicht ich habe diese persönliche Polemik begonnen, dann wundert Euch aber nicht, wenn es anders kommt als Ihr denkt; ich habe eine Klappe voll Material. Damit hat sich der Fall für mich erledigt.

Franz Reiser.

Zu den uns von dem Genossen Reiser zum Abdruck übergebenen Zeilen sei unsererseits bemerkt: Als Redaktion einer Arbeiterzeitung haben wir keine Ursache gehabt, auf das unglaublich tiefe und schmutzige Niveau der „Bergwacht“ zu sinken, indem wir uns mit dem absolut persönlichen „Bergwacht“-Beschimpfungen, in denen es nicht ein Funken einer politischen Stellungnahme vorhanden war, beschäftigten. Das sind also die Leute, jene part-

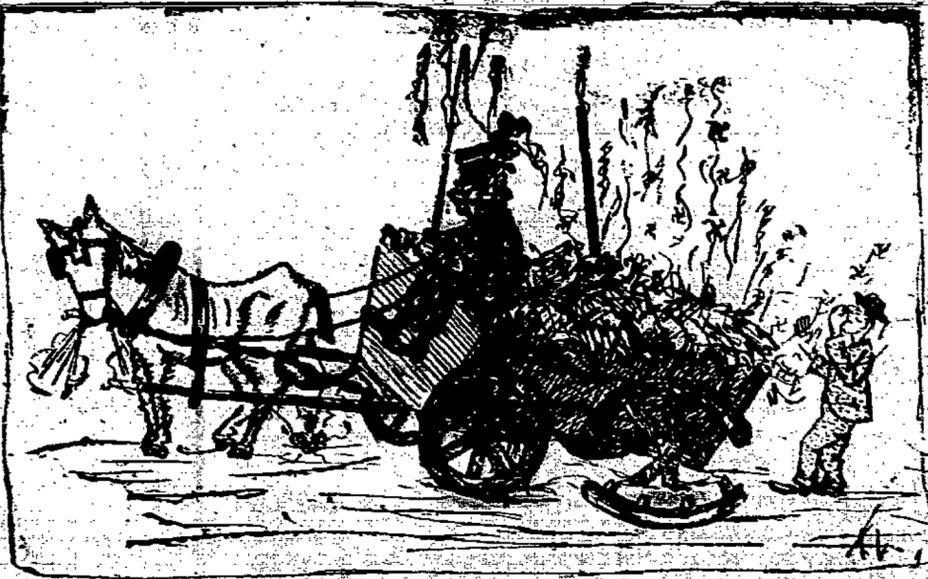
ikulenden Bestheten, die so gern über den „großen Ton“ der Kommunisten sich beklagen.

Auch deswegen schon gingen wir auf den dreizehn Gassenjungen nicht ein, weil wir noch immer die SPD.-Arbeiter zu hoch einschätzen, als daß sie sich durch diese rein persönlichen Dreckschleudermanieren in ihrer politischen Stellungnahme gegenüber den Kommunisten beeinflussen lassen würden.

Dem Genossen Reiser selbstverständlich, als dem Verleumder, gaben wir zur kurzen, sachlichen Erwiderung das Wort.

Wir dürfen ihm in aller Öffentlichkeit befehlen:

Gerade weil die „Bergwacht“ ihn rein persönlich mit den schmutzigsten Mitteln herunterzureißen sucht, ist es klar, daß man keineswegs keine sachlich-politischen Angriffsläden an ihm finden kann, weitens eine heillose Angst hat vor dem Erfolg der von Reiser vertretenen kommunistischen Politik auf die von der SPD. mit Recht enttäuschten Arbeiter, und drittens daß Reiser gerade auf dem richtigen Posten steht im Interesse des Gesamtproletariats.



Sofales.

Bekanntmachung.

Die Redaktion der „Schief. Arbeiterzeitung“ richtet einen juristischen Briefkasten ein. Die Antworten werden — soweit sie von allgemeinem Interesse sind, — jeden Sonnabend unter der Rubrik „Briefkasten“ gegeben, wenn persönliche (schriftliche) Antwort gewünscht wird, muß das Briefporto beiliegen. Wir bitten unsere Genossen und Zeitungsläser recht regen Gebrauch von dieser Einrichtung zu machen.

Redaktion und Verlag der „Schief. Arbeiterzeitung“.

Protest der Mieter.

Der Breslauer Mieterverein hielt am Sonntag vor-mittag im Gesellschaftshaus „Bratislawia“ eine Mieterprotest-versammlung ab. Der Vereinsvorsitzende griff scharf die einseitige Stellungnahme (und zwar mit Recht) eines Teiles der Breslauer bürgerlichen Presse an, die die Verichterstattung wenig ob- jektiv, nur zugunsten der Hausbesitzer führt. Redner ging dann auf die augenblicklichsten Forderungen des Mietervereins ein, die in folgender, einstimmig angenommenen Entschlie- ßung enthalten sind:

Die heute im überfüllten großen Saale des Gesellschafts- hauses „Bratislawia“ versammelten Breslauer Mieter haben Kenntnis genommen von den Entschlie- ßungen der Breslauer Hausbesitzer vom 15. Januar d. J. Die Breslauer Mieter fordern:

1. Unbedingte Festhaltung an der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, solange das Angebot von Wohnungen hinter der Nachfrage zurückbleibt.
2. Festhaltung an der Grundmiete, welche nur zur Berzins-

lung des im Hause angelegten Kapitals, soweit es die übliche Belastung nicht übersteigt, dient.

3. Ausbau der bestehenden Mietseinerigungsämter und Ver- teilung aller Mietstreitsachen an diese.

4. Aufmerksamkeit der Behörden auf das als geradezu hoch- verräterisch zu bezeichnende Treiben von Hausbesitzern in führen- den Stellen der Hausbesitzerorganisationen, welche mit Anrufung der Entente zur Aufhebung der Zwangswirtschaft drohen.

5. Die Mieter sind bereit, dem Hausbesitzer zu zahlen, was zur Verwaltung des Hauses notwendig ist. Sie fordern aber als Gegenleistung ein Mitbestimmungsrecht und ein Kon- trollrecht über die Verwendung der von ihnen aufgebracht erheblischen Mittel. Von einer Vergewaltigung und Erpres- sung gegenüber dem Hausbesitzer „Stand“ kann gar keine Rede sein. Einen „Stand“ der Hausbesitzer gibt es nicht. Das im Hausbesitz angelegte Kapital darf keine anderen Vorrechte ge- nießen, als das Kapital jedes anderen Sparer's.

Gegenüber der Drohung der Hausbesitzer auf Einstellung der Zahlung von Steuern und Abgaben fordert die Mieterchaft tatkräftiges Vorgehen der zuständigen Behörden, Beschlagnahme der Mieten und Zuschläge und sofortige Einsetzung von Zwangs- verwaltern.

An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß vom „Breslauer Mieterverband“ am Freitag, den 3. Februar d. J., um 7,30 Uhr abends im großen Saale des Generalschaftshaus, Margarethenstraße 17, eine öffentliche Mieterversammlung mit großem hochinteressanten Lichtbildervortrag über das Thema: „Wohnungsnot und Mieterleben“ mit anschließend freier Aus- sprache stattfindet. Eingeladen werden sämtliche Behörden, Ge- werkschaften, Parteien und Hausbesitzerorganisationen. Referent ist Verbandsvorsitzender H. Zerfeggen aus Hannover. Der Eintritt beträgt 2 M. Karten sind im Vorverkauf vom 20. Januar ab bei F. Lur, Halberstraße 13, 3. Stock, K. Frisch, Oststr. 26,

3. Stock, J. Semlowski, Hilberbrandstraße 4, hpt. am Bafes im Gewerkschaftshaus und in der Geschäftsstelle, Gartenstr. 85, 2. St. (Anwaltsbüro), zu haben.

Der Magistrat macht in heutiger Nummer auf Abzahlung für Gas, Wasser und Strom aufmerksam.

Versammlungs-Kalender.

- APD Landeshut. Donnerstag, den 2. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof zur „Sonne“: Mitalieder-Versammlung. Die äußer- wichtige Tagesordnung macht das Erscheinen aller Genossen, Genossinnen und Genossinnen-Freunde erforderlich.
- APD. Freiburg. Donnerstag, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Frauenabend im „Buchwald“ (Hinterzimmer). Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
- APD. Langenbielau. Sonnabend, den 4. Februar, bei Dintur: Mitalieder-Versammlung. Kein Genosse und keine Genossin dürfen fehlen.
- APD. Felsammer. Sonntag, den 5. Februar, nachm. 1/2 Uhr im „Dainberae“, Neu-Dain, große öffentliche Volksversammlung. Thema: „Was wollen die Kommunisten?“ Sorgt für Massenbesuch.
- APD. Nieder-Salzbrunn. Sonntag, den 5. Februar, vormittags 9 Uhr, Generalversammlung im Gasthaus „Zur Eisenbahn“. Wegen der wichtigen Tagesordnung muß alles anwesend sein.
- APD. Bragan. Mittwoch, den 8. Februar, im „Deutschen Reich“ außerordentliche Mitalieder-Versammlung. Mitgliederkarten zur Legitimation mitbringen.

Verantwortl. Red.: Erich Schick, Jägerstr. 10, 1. Stock. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e. G. m. b. H. Druck: Pöffel & Datzig, sämtlich in Breslau.

Die allerbilligsten
Anzüge
Autowagen
geftr. Socken
Kaufen Sie am besten
direkt aus der Werkstat
im
Herren-
Bekleidungshaus
Röhlsdorf 48
am Königsplatz
Lang-Maria-Partelzke.

Wiederverkäufer
kaufen billig und gut
Coden, Gendern,
Kutschosen, Zeitfata-
gen, Garat, Switze,
Kurzwaren,
gute Wafer, Reichs-
bedeckung usw. bei
E. Lehmann, Breslau
Poststraße 7.
Wasserfenster per
Raum v. 100 M. an.
Spezialliste gratis.

Achtung! Wo?
kauft man neue und
gebrauchte MOBEL
sowie ganze Einrich-
tungen am billigsten
und vorteilhaftesten?
Bei H. Kluge
Bismarckstr. 12, 1. Etz.

Sterben?
Broschüre mit interessanten
Aufklärungen für
ges. Einz. u. Gesunde
Hamburg 38
Gesundheits- u. Kranke
Walter Jüterbock.

Junge Leute
4. zur See fahr. voll, erh.
werk. Astid. u. Rat. Aus-
kunft! Hamburg 38,
Sch. 112, C 152.

Anzüge,
Cataways
gestr. Hosen
Schlüpfer
Razians
Ulster
Paletots
Gehröcke
Fracks
Smokings
Tanzanzüge
Anfertigung mit und
ohne Stofflieferung
Artur Schubert
Herrenmaßgeschäft
Goldene Kaldegrasse 27 h.

Unser
Spezialangebot
Unten angeführte Artikel haben wir
in grossen Mengen rechtzeitig ein-
gekauft und verkaufen wir zu diesen
staunend billigen Preisen

Konfirmanden-Anzüge 395
schwarz und blau Mk. 495.—, 495.—

Herren-Lodenmäntel 295
Schulterform, wasserdicht Mk. 485, 475

Knaben-Schlupfanzüge 145
und Sportfason Mk. 235.—, 195.—

Friedländer & Co.
Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung
Schmiedebrücke 58
Ecke Nachbergasse.

1000 Paar
praktische Gehen
größtenteils schwere,
stark wollhalt. graue
und kamelhaarfarbige
Schweißsocken,
sowie stark gestrickte,
graue normalfarbige,
baumwollene Socken
teilw. mit kleinen rep.
Fabrikzahl u. Aussuch. 7,50

1 Posten
**Schwarze Gepend-
Schuhbedeckung**
mit breit Lederkappe,
Lederbesatz, prima
Kernledersohle und
Lederbrandsohle, un-
verwüsterlicher Strapa-
zierschuh
Für Knaben Damen Herren
Paar 85,— 75,— 85,—

Mengen-
abgabe
vorbehalten **Snoventurausverkauf** Umtausch
od. Rückgabe
gestattet

**Schwarze, wollene
Kinderstrümpfe**
starke 1 x 1, gestr.
wollplatt. Qual. in all.
Größen vorrätig
Gr. 52-47 50 5 u. 6 9,50
Paar 7,50 Paar 9,50
Paar 11,50 Paar 13,50

**400 Stück Frauen-
Hauskleider**
aus bedruckten, mittel-
farbigen, waschechten
Baumwollstoffen herge-
stellt, d. Bluse i. Sport-
form gearbeitet, mit
langen Ärmeln, d. Rock
extra weit geschnitten,
alle Frauengrößen,
das Kleid 85,—

**Große Posten
Schürzen**
aus hellen und dunkel
gestreiften Siamosen u.
anderen vorzüglichen
Stoffen gearbeitet.
Wienerform mit breiter
Krause und Tasche
Stück 39,50 35,50

**300 Paar
Damenstrümpfe**
vorzügliche 1 x 1
gestrickte schwarze,
baumwollene
Nahtlos, m. verstärk.
Ferse und
Spitze, Paar 14,50

**500 Paar große
weil. Strümpfen**
I. wollplattiert,
2 x 2 Länge 9,50
Paar
II. Kammgarn
plattiert, fein
gestrickt Paar 12,50

**300 Stück
Koffin-Röde**
aus nur soliden Rock-
stoffen gefertigt, in g. u.
marineblau, schwarz und
gemustert
Serie I jed. Rock 95,—
„ II „ „ 63,—
„ III „ „ 39,50

**400 Stück
Damen-
hemden**
aus gutem gebleichten
Wäschestoff in richtig.
Größe u. Weite 34,50
in Bogengarnier. 32,50

**300 Paar warm. Kinder-
Tuchschalen-Stiefel**
m. dick Filz- u. durch-
gehäuter Ledersohle,
-Kappe, warm gefüllt.
Größe 27-30 31-35
Paar 32,— 31,—
desgl. f. Damen nur in
Größe 39-42 52,—
Paar

**Ca. 1000 Stück
Herr- u. Damen-
Taschentücher**
weiss u. weiss mit bun-
ter Kante, m. klei. Schön-
heitsfibern, aus
Aussuchen, Stück 4,—

**200 Stück
Sport-
Flanellblusen**
aus waschecht. Blusen-
flanellen mit langen
Ärmeln, jede 58,—
Bluse 58,—

**Restposten
Kinder-
Schuhstiefel**
mit Lederbesatz
und Holzsohle,
nur Gr. 27, 28 16,50

**1 Posten
wollgemischte
Herren-
Hemden**
mit doppelter Brust, in
3 Größen 55,—
dunkelw. Stück 65,—

**Zirka 100 Stück
Herren-
Stoffanzüge**
aus tadellosern Strapa-
zestoffen, mit soliden
Zustaten verarbeitet,
alle Größen
jeder
Anzug 275,—

**300 Stück Riegel-
Schuhstiefel**
z. Unterz., grau geringelt
60 70 80 cm
14,50 16,50 18,50
90 100 cm
20,50 22,50

**Zirka 1000 Stück
Herren-
Ulster**
aus schweren, flanschi-
gellen, grauen u. mod.
Wollstoffen, gute Ver-
arbeitung, nur i. mittel-
großer
Figuren 148,—

**Zirka 1000 Stück
Baraffin-
Rerzen**
Ser = 8 Stück
i Pfund, Stück 1,25

**Restposten schwarze
Frauen-Rüstel-
Arbeits-Stiefel**
mit prima genagelter
Ledersohle,
nur Größe 36-39 110,—
Paar

**300 grüne
Knaben- und
Tischdecken**
mit und blau
dunkelw. Stück 1,50

**500 Stück
große schwere
Glocken**
mollge, Rausch. Qual.
25 x 200 cm gross,
L. Joppen, Ästel, Kind-
stiel und Vorklapp-
Stiel 65,— 58,—

**Zirka 1000 Riegel
Reineife Ia,
ausgetrock. Ware,
solange Vorrat,
Riegel ca. 250 gr.
Stück 5,75**

**Zirka 500 Stck.
Ia.
Glocken**
Stück 5,25

**Zirka 1000 Pfd.
Griffenpulver**
prima Erzeugnisse
Solange Vorrat
Pfund-Paket 3,25

Soeben erschienen!

Almanach

des Verlages der
Kommunistischen Internationale

Mit Beiträgen von: Lenin / Showjew / Trotzki /
Bucharin / Radek / E. Varga / Rosa Luxemburg /
Karl Liebknecht / John Reed / Arthur Ransome /
Upton Sinclair / O. W. Kuusinen / Gusew /
Kafala / Josef Pogony / Artur Vamer / P. Werner

330 Seiten
Preis: Broschiert Mk. 45.— / Organisationsausgabe Mk. 18.—
Der ob 1. Jan. 1922 geltende Preisverzeichn. ist eingerechnet

Zu beziehen durch:
**Verlag Carl Hoym Nachf.
Louis Capbley, Hamburg**
alle Buchhandlungen u. Anzeigerungsvermittler der KPD.

**Sch. Kaufe
Herren-
Garderobe**
Jahre, Gebraucht,
Jahres, Gebraucht u.
Frachtkosten etc.

**Militär-
neu u. gebraucht**
Kleider, Hosen,
Hemden, Schuhe, Stiefel,
etc.

Altmetalle
Kupfer, Eisen,
etc.

**Webliche
Hausangestellte
jeder Art**
kauft ihr Kleid oder höher
Stück. Ganzangestellte
Vermittlung
Hilfsstraße 11/20,
Judenstraße 11/13.

Wichtiges für Gas, Wasser, Strom
Die Entschärfung von Gas, Wasser und elek-
trischem Strom sind durch besondere Vorrichtungen
aufgehoben worden, für deren Beschaffung in den
Monaten Januar und Februar 1922 Lei-
stungen zu leisten. Die für den Januar
1922 abgelassenen Gelder sind am 31. Januar
1922 abgelassen. Alle im Verzuge befindlichen
Zahlungspflichtigen werden dringend ersucht, die
4. Februar 1922 an die Käse der Vertriebs-
stelle zu zahlen, andernfalls werden die Beträge
durch Beantragung der Käse gegen eine Gebühr
von 1,00 M. eingeholt werden. Wenn auch
an diese nicht gezahlt wird, so muß in Ausnahmefällen
genommen werden, die Lieferung einzustellen und
die Käse zurückzugeben.

Städtische Betriebsdepart. i. G. m. b. H.

Genossen! kauft nur bei unseren Inserenten.

Von der „Lagespost“ bis zur „Volksmacht“ eine Scharwacherfront gegen die Kriegsbeschädigten.

Strassenbettel treten immer wieder in Straßenbreite Breslaus auf, meist in der Aufmachung von Kriegsverletzten. Die amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte der Stadt Breslau schreibt dazu: Die Fürsorgestellen und die Kriegsbeschädigtenvereine bekämpfen in entscheidendster Weise diesen unwürdigen Zustand. Wiederholt wurde schon öffentlich darauf hingewiesen, Straßenbettel, besonders soweit sie als Kriegsbeschädigte auftreten, schon mit Rücksicht darauf, daß es meist Schwindler sind, keine sogenannten milden Gaben zu schenken. Dennoch geschieht dies noch immer in überreichem Maße, wie man sich täglich in den Hauptstraßen überzeugen kann. Hierdurch wird das Ziel der Fürsorgestellen, den Kriegsbeschädigten dem Wirtschaftsleben wieder zuzuführen, durchkreuzt und vereitelt. Auch untergräbt solche Mißbräutig die Moral des Besonderen. Arbeitsunlust ist die Folge. Es steht fest, daß bittende Kriegsbeschädigte Einnahmen von 6000 M. monatlich und darüber erzielen. Ein so einträgliches Geschäft wird natürlich einer geregelten Tätigkeit vorgezogen. So nimmt die Anzahl der bittenden Kriegsbeschädigten ständig zu. Es ergeht daher an die Öffentlichkeit nochmals die dringende Mahnung, bittenden Kriegsbeschädigten nichts zu geben. (Was war vor einiger Zeit zu lesen in allen Zeitungen Breslaus, angefangen von dem deutschnationalen bis zum sozialdemokratischen Blatt.)

Wenn die bürgerlichen Zeitungen ihre frühere patriotische Phrase vom „Dank des Vaterlandes“, der den „Helden“ gewiß sein werde, heute in der Form betätigen, daß sie in mehr oder weniger versteckter und hinterlistigen Weise gegen die Kriegsbeschädigten hetzen, so ist das eben nur ein Teil des Kampfes der bürgerlichen Gesellschaft gegen das Proletariat. Es ist das eine Verteidigung der kapitalistischen Interessen, die man bekämpfen muß, aber bei den Sinnesorganen innerlich verstehen kann. Wenn aber eine sozialdemokratische Zeitung in genau derselben Form gegen den Bettel der Kriegsbeschädigten schreibt, wie alle reaktionären Zeitungen, ohne die bezüglichen amtlichen Notiz gebührender in proletarischen Sinne zu kommentieren, so ist das ein in jamer Schlag gegen die Interessen der Arbeiterklasse.

Das Entscheidende nämlich ist in diesem Falle: Sind wirklich alle Kriegsbeschädigten heute soweit vor der äußersten Not geschickt, daß sie nicht nötig haben zu betteln? Im bejahenden Fall wäre es allerdings richtig, daß man die Öffentlichkeit warnt vor Schwindlern, die angeblich als Kriegsbeschädigte auf die Straße betteln gehen. Im anderen Falle ist es aber klar, daß diese Warnung auch wirkliche frühere „Vaterlandsverteidiger“ trifft, die ihre Knochen sich haben zur Höhe der Wühlmilch und zur Füllung der Geldgräber der Rüstungsindustriellen und Kriegsschieber kaputt schießen lassen.

Wer auch nur oberflächlich sich beschäftigt mit der Lage der Kriegsbeschädigten, der weiß aber, daß diese einst so verehrten „Helden“ zu Tausenden mit ihren Familien am Hungertuche nagen. Es ist doch einfach eine Binsenwahrheit, daß Kriegsbeschädigte, die keine ihre Existenz sichernde Arbeit gefunden haben, vielfach nicht nur hinter dem Veierkasten stehen oder irgend einen kleinen Straßenhandel betreiben, sondern auch, weil kein „Betriebskapital“ zu derlei Dingen vorhanden ist, ganz einfach bei Straße des Hungertodes betteln gehen müssen.

Was ist z. B. ein Fall bekannt geworden, den wir zum Beweis, daß sich die heutige Gesellschaft den Teufel um verhungerte Kriegsbeschädigte kümmert, kurz mitteilen wollen. Ein Schiffer L., lungenleidend infolge Stechschuß, ist bereits seit dem Mai 1921 erwerbsunfähig. Er wohnt mit Frau und Kind in einem finsternen, nassen und kalten Kellerloch, das für Tiere unbrauchbar wäre, geschweige denn für lungenleidende Menschen bewohnbar ist. Das Rentenverfahren „schwebt“ — seit vielen Monaten. Jeder weiß, wie lange so Sankt Bürokratismus solch eine Sache schweben

lassen kann — inwieweit kann der Rentensuchende längst verhungert sein. Nach achtwöchigem Aufenthalt in Göbersdorf ist das Sengerleiden nicht besser geworden, sondern der Kriegsschädigte mußte sich, kaum in seine Rellernwohnung zurückkehrend, erneut in ärztliche Behandlung begeben. Mann und Frau haben nicht einen Pfennig Verdienst. Erwerbslosenunterstützung beziehen sie nicht. Dafür aber haben sie ein verelendes Kind, das sie zu mildtätigen Taten geben müßten, weiter 800 Mark Schulden, abgerissene Kleider, Schuhe, Mangel an dem Allernotwendigsten, ganz abgesehen davon, daß von einer dem Lungenleiden des Mannes angemessenen kräftigen Ernährung überhaupt nicht erst die Rede sein kann.

Und nun sage einer, was der Kriegsbeschädigte Schiffer L., mit dem Gehalt in der Lunge, anders tun soll, will er und seine Familie nicht verhungern, als — betteln zu gehen? Und nun sage man weiter, wie eine solche arme Notiz in der „Volksmacht“ gegen die bittenden, „angeblich Kriegsbeschädigten“ Schwindler auf diesen Aerzten wirken muß!

Bevor man eben eine diesbezügliche Notiz abdruckt, soll man wenigstens soviel soziales — wenn schon nicht revolutionäres — Empfinden besitzen, und sich erst einmal davon überzeugen, ob wirklich kein Kriegsbeschädigter zu betteln gezwungen ist.

Daß der von uns wiedergegebene Fall durchaus nicht vereinzelt dasteht, das zeigt niemand besser auf als ein auf dem Boden des Klassenkampfes stehender Kriegsbeschädigter, der uns voll Empörung gegen die „Volksmacht“-Notiz unter anderem folgendes schreibt:

Trotz allerlei Fürsorgeeinrichtungen wie Berufsberatung, Lehrwerkstätten, Umschulungen, Kursen, Zeit- und Schwerarbeiter-Ermittlung, trotz Gehalt mit Einstellungszwang, trotz Arbeitsamt liegen Tausende auf den Straßen. Ich glaube, die ganze „Fürsorge“ verschlingt wohl selbst mehr an Zuwendungen als die Kriegsopfer selbst Unterstützung erhalten.

Die „Fürsorge“ und die „Volksmacht“-Redaktion sagt nun: weil durch die Mißbräutig des Publikums das Betteln ein einträgliches Geschäft ist, und somit einer geregelten Tätigkeit vorgezogen wird, gehen die Kriegsopfer betteln. (Ich wünschte dem Verfasser nur mit zerschossenen Gliedern im heutigen Winterweiser seine warme Stube mit dem Straßenbettel zu vertauschen.)

Ich behaupte, die beklagten Opfer des Krieges betteln, weil sie, die den heuchlerischen Versprechen auf Dank geglaubt haben, heute enttäuscht sind und sich betrogen sehen. Die eigene Kraft reicht vielfach nicht mehr aus, um heute sich über Wasser zu halten. Das Vertrauen auf Fürsorge ist geschwunden, nichts sehen sie eine Hoffnung. Sie kommen sich als nicht mehr zur Menschheit gehörig vor. Da die Renten ein Taschengeld sind, und das Leben heute Anforderungen stellt, so wenden sie sich letzten Endes an das Milieu der Witwen.

Haben wir irgend eine Ursache, das grenzenlose Elend der früheren Vaterlandsheben und jetzigen Straßenbettel, aufzuringelnden Frechlingen, Schwindlern und wie man noch den Wohl, der seine Schuldigkeit getan hat, heute nennen mag — im Interesse der herrschenden Klasse und im Interesse der für „Ueberwindung der Klassengegensätze“ eintretenden SPD. zu beschönigen? Nein, in vollster Öffentlichkeit soll die in jamer Behandlung der Vaterlandsverteidiger von einst aufgedeckt werden.

In vollster Öffentlichkeit gilt, der kapitalistischen Gesellschaft die Heuchlermaske vom Gesicht zu reißen. In vollster Öffentlichkeit muß sich eine einzige, eiserne Front der Kriegsopfer formieren gegen das System, das Millionen tödelt, Millionen zu Krüppeln geschossen, Millionen zum Hunger

verurteilt hat — und in den heute noch obendrein die Vermuten der Armen, die durchaus nicht verreden wollen, als Bagatelien beschimpft werden.

Allein schon wenn man die amtlichen Zahlen über die Erwerbslosigkeit sich einmal näher anschaut, bekommt man einen Begriff von dem grausamen Elend der Kriegsopfer, das äußerlich zwar verdeckt wird durch den Luxus der Kriegs-, Revolutions- und Valutaschieber und Wucherer und künstlich vertuscht wird von der Lagespost bis zur „Volksmacht“, das aber mit verheerender Geschwindigkeit innerlich trotzdem weiterfrischt an dem Mark des Volkes.

Der Breslauer Arbeitsnachweis z. B. hat in einer Meldung über die wiederum gestiegenen Arbeitslosigkeit im Monat Dezember mitgeteilt, daß von 1158 arbeitssuchenden Kriegsverletzten nur 82, darunter 53 Schwerbeschädigte, Arbeit erhalten konnten.

Wieviel von den erwerbslos bleibenden über tausend Kriegsopfern mögen wohl ähnlich wie der lungenkranke Schiffer L., — denn bekanntlich wird zu gewissen Prozenten, „sittgemäß“, selbst die lächerlich geringste Rente auf die ebenso lächerlich geringe Arbeitslosenunterstützung „verrechnen“ — zu dem elendesten Hungerleben unterworfen sein? Wieviel mögen, zähneknirschend, mit verhaltener Wut und doch voll Scham, auch betteln gehen, wenn der Hungerriemen gar zu eng geschnallt werden muß um den Rücken, verwandelten Leid?

Kann die „Volksmacht“ da wirklich garantieren, daß die auf den Straßen bettelnden Kriegsbeschädigten Schwindler sind?

Ein Urteil über das Gebahren der „Volksmacht“ überlassen wir darum getrost nicht nur den Kriegsbeschädigten selbst, sondern der gesunden Klassenbewussten Arbeiterschaft.

Wir denken unsererseits gar nicht daran, uns dermaßen, wie es die übrige Presse tut, moralisch zu entrüsten, selbst wenn wirklich einmal irgend ein Arbeitsloser oder gar „Arbeitsflüchtiger“ sich bei seinem Bettelgeschäft der falschen Firma eines Kriegsbeschädigten bedient. Wir wissen: es ist letzten Endes und in jedem Fall ein bedauerndwertes Produkt des kapitalistischen Bergewaltigungs- und Werdensystems. Um so mehr aber gilt nicht nur unsere moralische Entrüstung, denn die allein reicht an den Geldschrank nicht heran, sondern vor allem die ganze Kraft und Energie des wirtschaftlichen und politischen Kampfes dem ganzen Proletariat in der Gesellschaft, daß sich an dem Schweiß und Blut der Armen mästet.

Dieser Kampf aber lang, soll er zum Siege führen, nur einmünden in den allgemeinen Klassenkampf des revolutionären Proletariats. Und in diesem Sinne können wir völlig den Ausführungen des Kriegsbeschädigten zustimmen, den wir schon zitiert haben, und der uns auf die Notiz von den Kriegsbeschädigten Straßenbettelern voll Empörung aufmerksam gemacht hat:

„Ich kann meinen Leidensbrüdern nur zurufen: Ihr müßt erkennen, daß, solange Ihr eure Geschick in den Händen anderer, der herrschenden Klasse laßt, Ihr letzten Endes ganz auf den Hund kommen müßt. Es gibt für Euch nur einen Weg zum Aufstieg aus Elend und Not: Zusammenbruch auf der klaren Grundlage des schärfsten Klassenkampfes im Bunde mit dem übrigen revolutionären Proletariat.“

Gewerkschafts-Bewegung.

Kommunistische Erfolge im Textilarbeiterverband.

In der Textilarbeiter-Generalversammlung in Triebes (Thüringen) wurde eine Zunahme an Mitgliedern von 473 festgestellt. Bei den Neuwahlen erhielten die Kommunisten die absolute Mehrheit in der Verwaltung. Bisher waren

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Adolf Pek.

Der Kleirusse lachte laut auf.

„Das stimmt mal wieder, Mütterlein. Ihr habt den Nagel auf den Kopf getroffen! Pawel, habe ich recht?“

Dabei blinzelte er der Mutter zu und sagte mit lächelnden Augen:

„Herrschastliches Blut!“

Pawel meinte trocken:

„Sie ist ein gutes Mädchen,“ und machte ein finsternes Gesicht.

„Auch das stimmt“, bestätigte der Kleirusse, „aber sie begreift nicht, daß sie das, was sie tut, tun muß, wir dagegen es wollen und können.“

Sie stritten über etwas, was die Mutter nicht verstand.

Sie hatte auch bemerkt, daß Sascha am herrlichsten gegen Pawel war, ihn bisweilen sogar anschrte. Pawel lächelte, schwieg und blickte ebenso müde in das Gesicht des Mädchens, wie er früher Katarascha angesehen. Das Gesicht der Mutter ebenfalls nicht.

Man versammelte sich jetzt schon zweimal wöchentlich und wenn die Mutter sah, mit welcher gespannter Aufmerksamkeit die Jugend den Reden ihres Sohnes und des Kleirussen, den interessanten Erzählungen Saschas, Kataraschas, Nikolai Zwanzowitschs und der anderen Leute aus der Stadt, Puhole, vergaß sie ihre Unruhe und schüttelte wehmütig den Kopf, wenn sie an die öden Tage ihrer Jugend zurückdachte.

Manchmal überraschte die Mutter ein plötzlicher Anbruch heller, sümmischer Freude bei ihnen. Das war gewöhnlich an den Abenden der Fasten, wo sie in der Zeitung von ausländischen Arbeitern lasen. Dann glänzten die Augen aller in lebhafter, unruiger Freude. Alle wurden

sonderbar nach Kinderart glücklich, lachten fröhlich und hell und klopfen sich freundschaftlich auf die Schultern.

„Brave Burschen, die deutschen Genossen!“ schrie jemand wie berauscht von feiner Fröhlichkeit.

„Und die Genossen in Italien — hoch!“ schrie man ein anderes Mal.

Und indem sie diese Ausrufe Freunden in der Ferne zuschickten, die sie nicht kannten und deren Sprache sie nicht verstanden, waren sie anscheinend fest davon überzeugt, daß die ihnen unbekanntem Leute sie hörten und ihre Begeisterung verstanden.

Der Kleirusse sprach mit bligenden Augen, erfüllt von einem Gefühl alles umschließender Liebe:

„Es wäre schön, ihnen einmal zu schreiben, Genossen, was meint ihr? Damit sie erfahren, daß im fernen Russland wie Freude von ihnen leben, Arbeiter, die dieselbe Religion wie sie haben und bekennen, daß hier Genossen leben, die dasselbe Ziel verfolgen und sich über ihre Siege freuen.“

Und alle sprachen lange mit verklärten Mienen über Franzosen, Engländer und Schweden als über dem Herzen nahesteheude Menschen, die sie niemals gesehen hatten und doch liebten und verehrten.

In dem engen Zimmer wuchs ein riesengroßes, unsägliches Gefühl geistiger Verwandtschaft aller Arbeiter der Welt, die der Gedanke aus der Gefangenschaft der Vorurteile schon befreit hatte, und die sich als Beherrscher des Lebens fühlten. Dieses Gefühl vereinte alle zu einem Wesen, es erregte sogar die Mutter, obgleich sie es nicht verstand.

„Was seid ihr für Menschen!“ sagte sie einmal zu dem Kleirussen. „Alle sind eure Genossen — Armenier, Juden und Deutscher. Von allen spricht ihr wie von euren Freunden, allen istummer und Freude gemeinsam.“

„Ja, allen Mütterlein!“ rief der Kleirusse. „Die Welt ist unser. Die Welt gehört den Arbeitern! Für uns

gibt es keine Nationen, keine Stämme, es gibt nur Genossen und Feinde. Alle Arbeiter sind unsere Genossen, alle Reichen, alle Regierungen unsere Feinde. Wenn du die Erde wohlwollend betrachtest, wenn du siehst, wieviel wir Arbeiter sind, und wieviel Geisteskraft wir verkörpern, ergreift unsägliche Freude, unsägliches Glück das Herz, und ein großes Fest triumphiert in deiner Seele. Und ebenso, Mütterlein, fühlt der Franzose und der Deutsche, wenn sie das Leben ansehen, und ebenso freut sich der Italiener. Wir alle sind Kinder einer Mutter — des großen, unbefiegbaren Gedankens von der Brüderlichkeit der arbeitenden Bevölkerung aller Länder. Dieser Gedanke wächst, er erwärmt uns wie eine Sonne, er ist die zweite Sonne am Himmel der Gerechtigkeit und dieser Himmel thront im Herzen des Arbeiters, und wer der Sozialist auch immer ist, und wie er sich auch immer nennt — er ist uns stets im Geiste verbunden; jetzt und in alle Ewigkeit!“

Diese kindliche Freude, dieser helle feste Glaube entstand immer häufiger zwischen ihnen, nahm immer mehr zu und wuchs mächtig und kraftvoll.

Und wenn die Mutter das sah, fühlte sie unwillkürlich, daß in Wahrheit etwas Großes und Helles der himmlischen Sonne Ähnliches in der Welt geboren ward.

Dst wurden wieder gesungen, die einfachen, allen bekannten Lieder sang man laut und lustig; aber bisweilen wurden neue, eigenartig harmonische, aber durchaus nicht fröhliche Lieder in unbekanntem Melodien gesungen. Die lang man halblaut und nachdenklich, erst wie in der Kirche. Die Gesichter der Sänger wurden halb blaß, halb rot, und in den klangvollen Worten lag große Kraft.

Besonders eins von diesen neuen Liedern beunruhigte und erregte die Frau. Aus ihm hörte man kein Stöhnen, kein trauriges Schwanen einer gekränkten, einsam auf dunklen Pfaden kummervollen Zweifels umherirrenden Seele. Dieser Seele, die von Not geplagt, von Jambt angeht, von einer unpersonlichen, farblosen Seele.

Manchmal überraschte die Mutter ein plötzlicher Anbruch heller, sümmischer Freude bei ihnen. Das war gewöhnlich an den Abenden der Fasten, wo sie in der Zeitung von ausländischen Arbeitern lasen. Dann glänzten die Augen aller in lebhafter, unruiger Freude. Alle wurden

sonderbar nach Kinderart glücklich, lachten fröhlich und hell und klopfen sich freundschaftlich auf die Schultern.

gibt es keine Nationen, keine Stämme, es gibt nur Genossen und Feinde. Alle Arbeiter sind unsere Genossen, alle Reichen, alle Regierungen unsere Feinde. Wenn du die Erde wohlwollend betrachtest, wenn du siehst, wieviel wir Arbeiter sind, und wieviel Geisteskraft wir verkörpern, ergreift unsägliche Freude, unsägliches Glück das Herz, und ein großes Fest triumphiert in deiner Seele. Und ebenso, Mütterlein, fühlt der Franzose und der Deutsche, wenn sie das Leben ansehen, und ebenso freut sich der Italiener. Wir alle sind Kinder einer Mutter — des großen, unbefiegbaren Gedankens von der Brüderlichkeit der arbeitenden Bevölkerung aller Länder. Dieser Gedanke wächst, er erwärmt uns wie eine Sonne, er ist die zweite Sonne am Himmel der Gerechtigkeit und dieser Himmel thront im Herzen des Arbeiters, und wer der Sozialist auch immer ist, und wie er sich auch immer nennt — er ist uns stets im Geiste verbunden; jetzt und in alle Ewigkeit!“

die USF-Leute im Besitz der übergroßen Mehrheit im Gesamtvolk. Außerdem wurden von 15 zur Wahl gestellten Kollegen für das Gewerkschaftsamt 14 Kommunisten gewählt. Bei den folgenden Auseinandersetzungen über die Taktik während des letzten Streiks wurde die Haltung des Zentralvorstandes und des Gauleiters scharf kritisiert.

Die Abstimmung der Textilarbeiter.

Ein vorläufiges Ergebnis.

Auf Beschluß der Betriebsräteversammlung in Reichenbach hat eine U. b. stimmung über die Abmachungen zwischen den Textilarbeitern und Verbandsbeamten stattgefunden. Mit Ausnahme des wichtigsten Ortes, Langenbielau, liegen folgende Ergebnisse vor:

	für Annahme	gegen Annahme	ungültig
Reichenbach	1818	272	19
Priestewaldau	1042	292	12
Schweidnitz	337	3	3
Bilau	456	40	
Insgesamt	3703	607	34

Von den 5. Indwerkern stimmten für Annahme 493 gegen 109. Ungültig 10.

Es ist anzunehmen, daß das Gesamtergebnis an dem Abbruch des Kampfes nichts ändert. Der Kampf der 20000 hat den Arbeitern in materieller Beziehung nichts gebracht. Ist doch die geringe Lohnsteigerung längst weit gemacht durch die steigende Teuerung. In geistiger Beziehung hat der Kampf die 20000 Arbeiter und Arbeiterinnen von Anfang bis zum Ende in größter Disziplin gehalten. Trotz Hunger- und Kälte haben sie ausgehalten bis zuletzt.

Die Textilarbeiter werden in die Betriebe gehen mit dem festen Willen, den nächsten Kampf nach ihrem Willen zu führen. Sie werden sich, genau wie die Unternehmern und Lokretzen von den nur für sie lästigen Fesseln der Arbeitsgemeinschaft.

Wieder ein Erfolg.

In der Jahreshauptversammlung des DMB. wurden vor einigen Wochen unter Bewußtsein Hundert mit mehreren Stimmen Vorprüfung gegenüber den rechtssozialistischen Kandidaten zum Geschäftsjahre der Papierindustrie gewählt. Die bürokratische Hauptversammlung des Metallarbeiterverbandes versucht den kommunistischen Erfolg damit zunichte zu machen, daß er die Bestätigung des Sowjetischen Petrolwörterbuches als kommunistisches Mitglied der DMB. in der Jahreshauptversammlung des DMB. in Singen in Baden enthielt. Dasselbe Schicksal sollte auch die übrigen Mitglieder der DMB. Verwaltung ergehen.

Alle diese Mittelchen waren aber erfolglos. Denn — als es zur Neuwahl kam, wurde Sowjetische Petrolwörterbuch wieder gewählt, und der kommunistische Vorprüfung gegenüber den rechtssozialistischen vergoldete sich nun von 100 auf 300 Stimmen.

Wenn alle Arbeiter Deutschlands das Beispiel ihrer Eingeweihten nachahmen, werden sie mit der Gewerkschaftsbürokratie, mit der Arbeitsgemeinschaft bald fertig werden.

Kampfwille der englischen Arbeiter.

Aus London wird gemeldet: Die Abstimmung des englischen Verbandes der Maschinenbauer in der Frage der Überstunden ist erfolgt. Der Verbandsvorstand hatte es gewagt, in dieser Zeit juristisch-technischer Arbeit den Mitgliedern die Leistung von Überstunden zu empfehlen. Die Abstimmung sprach sich aber mit 50000 gegen 35000 Stimmen gegen die Leistung von Überstunden aus.

Eine Konferenz in London, auf der die Vertreter von 50000 Arbeitern der englischen Bauindustrie anwesend waren, erklärte sich einstimmig gegen die von den Unternehmern verlangte Verlängerung der Arbeitszeit.

Ein kommunistischer Sieg in Hamburg.

In die drei Tagen fanden in Hamburg Wahlen zur Verbandskonferenz statt. Aufgestellt waren 12 Kandidaten. Von diesen erzielten: Schulz (KPD.) 493 Stimmen, Dabelstein (KPD.) 485, Hoffmann E. (KPD.) 465, Hoffmann H. (KPD.) 443, Westphal (KPD.) 463, Gampel (KPD.) 443, Sauerbaum (KPD.) 343, Schmitt (USPD.) 334, Heller (KPD.) 354, Kopp (USPD.) 320, Woumann (KPD.) 303 und Andenau (KPD.) 307.

Die Hamburger Metallarbeiter haben also ausschließlich Kommunisten gewählt (im ganzen 6 Delegierte). Damit haben sie ihren Verbandsvorstand, die anstatt den Kampf gegen das Unternehmertum anzuknüpfen, stets zum Rückzug blüht, eine treffende Antwort erteilt.

Schiedspruch für die Groß-Berliner Metall-Industrie.

In Reichsarbeitsministerium wurde am Sonnabend, 23. 1., nachmittag, für die Groß-Berliner Metallindustrie unter dem Vorsitz des Oberregierungsrates Geiger ein Schiedspruch einstimmig gefällt, der in seinen wesentlichen Teilen folgendes besagt: Der Antrag der Arbeitnehmer auf eine Lohnsteigerung für den Monat Januar wird abgelehnt. Mit Wirkung vom 30. Januar treten folgende Lohnsätze in Kraft: Für männliche Arbeiter über 21 Jahre von 1,50 M. pro Arbeitsstunde, von 14 bis 21 Jahren 1,20 M., von 11 bis 14 Jahren 0,90 M. bis 0,90 M. Für weibliche Arbeitnehmer über 21 Jahre 1,10 M. bis 1,10 M., von 14 bis 21 Jahren 0,90 M., von 11 bis 14 Jahren 0,70 M. Die Familienzulage für Ehefrau und jedes Kind in Höhe von 1 M. pro Stunde bleibt unverändert bestehen. Die Parteien haben bis zum 2. Februar eine Erklärung abgegeben, ob dieser Schiedspruch angenommen wird. Am vergangenen Sonntag hatten die Arbeitnehmer in der Metallindustrie Gelegenheit, zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen.

Dieser Schiedspruch bedeutet eine weitere Verleugung der Berliner Metallarbeiter. Auf keinen Fall können sie sich damit abfinden, daß für den Monat Januar nichts bezahlt wird, nachdem die Metallarbeiter die Abrechnung so langwierig gemacht haben. Auch die Lohnsätze sind in dieser Form unannehmbar, so daß den Metallarbeitern nur der Weg zum Kampf übrig bleibt.

Aus den Betrieben.



Wie mit den Kriegsverletzten umgesprungen wird.

Das geflügelte Wort vom „Dank des Vaterlandes“ wird durch folgenden Vorfall wieder in 1. treffend illustriert. Die Beschäftigungsfirma S. Beyr, Breslau, Taschenstr. 3/5 beschäftigte einen Schweißverletten. Als sich dieser plötzlich krank meldete, mußte er die Wahrnehmung machen, daß man ihn nicht bei der Krankenkasse angemeldet hatte. Er forderte deshalb von dem Firmeneinhaber E. S. für das ausgefallene Krankengeld. Davon wollte jedoch der Herr Chef nichts wissen, verlangte im Gegenteil eine zerbrochene Glasschale, für die er von dem Lieferanten wegen schlechter Verpackung schon Ersatz gefordert hatte, zu bezahlen. Als sich der Kriegsverletzte mit Recht weigerte, belegte er ihn mit allerhand Schimpfwörtern und warf ihn auf die Straße.

Um zu seinem Rechte zu kommen, suchte er den Leiter der städtischen Fürsorgestelle für Kriegsverletzte, Stadtrat Ehnert. Dieser erklärte jedoch, daß er mit der Firma S. Beyr in geschäftlichen Beziehungen stehe, er fürchte und möchte daher in dieser Sache nichts unternehmen.



Das Kapital hat Tausende Zeitungen, um dich zu beirren.

Hast du schon ein Blatt, das dir die Wahrheit sagt, gelesen?

Nur die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“!



So sieht ungefähr der Dank des Vaterlandes aus. Das rigorose, brutale Vorgehen dieses Unternehmers ist kein Einzelfall. Den Kriegsverletzten ergeht es sehr oft so. Willst du wissen, wie sie den Kriegsverletzten behandeln? Dann mußt du einmal an den Stellen aufpassen, an denen die Erwerbslosen zusammenkommen. Da stehen die Kriegskrüppel, die Taubstummen und Lahmen zu Dutzenden, zu Hunderten. Jeder Unternehmer sucht sich die Kriegsverletzten abzuwickeln, kann er doch aus den Rücken eines Soldaten mehr Profit herauskneipen, als aus den krummen und kaputten Knochen eines Kriegskrüppels. Es ist Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, es ist ein Gebot der Solidarität für die einzutreten, die ihre Gesundheit und ihre geunden Glieder hienieden mühen. Das Ausbeutertum, das aus den zerbrochenen Armen und Beinen, blankes Gold münzt, das Millionen erwinne durch den Krieg verdient, muß gezwungen werden, die Kriegsverletzten zu beschäftigen.

Ein kapitalistischer Meisterausseher.

Recht nette Zustände in Punkt Behandlung von Arbeitern durch Angehörige herrschen bei der Firma Fagold & Hoffmann, Flachsgarbnerei in Altdorf. Ein bei dieser Firma angestellter Ausseher scheint sich in der Rolle eines Sklavenscheines zu fühlen und auch über eine ganz besonders feine „Bildung“ zu verfügen. Dieser noble Herr illustriert jugendliche Arbeiter bei der allgeringsten Kleinigkeit (wenn einer irgend mal etwas außer Acht gelassen oder verzeihen hat) mit gemeinen Redensarten, wie „Stummel“, „verflucht“, „Hund“ usw. Wenn dieser Vorgesetzte nur ein klein wenig Sympathie und Anpandgefühl hätte, würde er mit Arbeitern nicht so umspringen, denn diese Handlungsweise zeigt so recht seine Charaktereigenschaften. Auch mit Strafen ist dieser feine Ausseher schnell bei der Hand. Hatte da eine Arbeiterin das Nahten, einige Spulen zu wenig in einen Korb zu zählen. Für dieses Vergehen, was jedem passieren kann, wurde der Arbeiterin durch den Ausseher fünf Mark vom Lohn abgezogen. Bei einer anderen geringfügigen Sache wurde derselben Arbeiterin drei Mark abgezogen und dabei verdient diese Arbeiterin den horrenden Wochenlohn von 163 Mark. Wenn dann noch die Kassen- und Steuerabzüge sowie Strafen von fünf und drei Mark abgehen, kann eine solche Arbeiterin dann von dem Lohn leben. Sie müßte den Betriebsrat der Firma darum anerkennen machen, sich doch einmal mit dem unzufriedenen Ausseher etwas näher zu beschäftigen. Vielleicht könnte auch diesem Meisterausseher einmal etwas mehr Anstand und Menschlichkeit beigebracht werden. Zeit wäre es, da die Klagen der Arbeiter und Arbeiterinnen über diesen Ausseher fast nicht aufhören.

Die „Mächtenliebe“ der „Schlesischen Volks-Zeitung“.

Was wird geschrieben: Daß auch die christliche Mächtenliebe aufhört, wenn die Profite in dem alten Maße nicht mehr fließen, braucht einem Klassenbewußten Arbeiter nicht erst klar gemacht zu werden. Aber diejenigen, welche das noch nicht verstehen, können eines Besseren belehrt werden, als sie am 27. d. M. von ihrem Brotherrn: Bruders und Verlag „Schlesische Volkszeitung“, G. m. b. H., ihre Knabigkeit gegenseitig erhielten. Ja, Bruders konnte sich zwölf Kollegen des unglücklichen Personals, die das Wort der Arbeitslosen vernachlässigen sollten. Das schloß dabei die Frau, die die Gehaltszahlung demnach sozial zeigt, daß sie nicht dabei zurückbliebe. Die Mächtenliebe, die bis zu zehn Jahre in dem Betrieb tätig war, auf die Straße zu werfen, war weit sie vielleicht möglich war, während die viel jüngeren „alten Kinder“ gehalten werden. Natürlich wurde sofort durch den Betriebsrat Protest eingelegt, und der Schlichtungs-Vorschlag wird sich auch damit zu befragen haben. Aber in jedem Falle, auch wenn die Firma verweigert wird, zur Arbeit zu gehen, haben die Herrschaften erreicht, was sie wollten, nämlich das Entlassen der Arbeiter zu verhindern, trotz der steigenden Teuerung.

Aus der Partei.

Der kommunistische Genossenschaftler.

Die Januarnummer ist jeden einzelnen als Beilage zum „Genossenschaftler“ vom 11. Januar. Auch die Nummer enthält wieder eine Fülle von Material, das nicht in den Genossenschaftlichen Blättern in ihrer praktischen Arbeit ausgeprochen werden können. Der Leitartikel über das neue wirtschaftspolitische Programm der Konsumvereine zeigt, welche großen politischen Er-

folge die kommunistische Zellarbeit in den Konsumvereinen gehabt hat. Führende Genossenschaftspraktiker geben jetzt selber zu, daß die Konsumvereine allein nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, sondern daß sie sich mit den Arbeiterparteien verbinden müssen, um Geldmittel usw. zu erlangen. Zwei sehr wichtige Artikel beschäftigen sich mit dem Steuerbeitrag, der Genossenschaftsbürokratie (die auf dem Genossenschaftstag gegen die Umsatzsteuer war und nachher, hinter den Kulissen, dafür wirkte) und ihrer Schuld an der gegenwärtigen Judenaktion. — Das Material, das der „Kommunistische Genossenschaftler“ bietet, müssen unsere Genossen gründlich studieren, um es dann unter alle proletarischen Konsumvereinsmitglieder zu bringen, damit diese erkennen, in welcher Weise sie heute von den Genossenschaftsinstanzen irreführt werden. Der Preis beträgt vierteljährlich 6 Mark.

Franz Mehring als Politiker.*

Von Fritz Käß.

Der Wert der großen Persönlichkeit im öffentlichen Leben besteht nach Karl Lambrecht darin, daß sich ihr Leben Morgen auf neue die politischen Ereignisse zu einem geschlossenen Bild zusammenschließen. Bewirkt dieses Bild ein zweckbewusstes und zweckentsprechendes Eingreifen in die Entwicklung, dann steht vor uns der Politiker, der große Politiker, wenn die Voraussetzungen, die Anschauung der Situation, an Umfang und Tiefe aus-reichend dazu sind.

In diesem weitesten Sinne war Franz Mehring einer der größten deutschen Politiker des Zeitraums 1890 bis 1919.

Man muß zu dieser Überzeugung kommen, wenn man die Wirkung des öffentlichen Auftretens der einzelnen im Vordergrund stehenden Persönlichkeiten jener Zeit heute überprüft.

Die Reichstags- und Parteitagsreden August Bebel's sind durch die Jahre stark verblaßt. Wohl spürt man die Wirkung der geschlossenen, energiegelichen Persönlichkeit des Parteiführers, man bewundert seinen proletarischen Instinkt. Jedoch der Eindruck eines Mannes bleibt, dessen Gesichtskreis nicht entfernt den Horizont der Zeit umschloß.

Karl Rautsky, dessen geistige Einstellung zu Tagesfragen wie zu historischen Problemen entweder zu kompliziert oder zu einfach war, der nie die Brücke finden konnte, die vom dogmatischen zum rationalistischen Geistesleben in seiner Brust oder ihrem Spiegelbild, seiner Art in der „Neuen Zeit“, führen sollte, war kein Politiker und ist es auch als General der Theorie des Menschentums nicht mehr geworden.

Für Franz Mehring wurde keine historische und philosophische Schulung, die sich mit einem feinen dialektischen und kritischen Auffassungs- und Darstellungsvermögen verband, zur immer sprudelnden Quelle neuer Erkenntnisse und zu einem Maßstab für die Ereignisse und neuen Erscheinungen auf politischem, wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiet, der ihm mit jener Klarheit und Gerechtigkeit zum Führer wurde, auch auf Gebieten, in denen er nicht ganz zu Hause war. Die Bedeutung Mehring's für das deutsche Proletariat besteht darin, daß er, trotz der die historische Ereignisse in ihrer Relativität, ihrer örtlichen und zeitlichen Bedingtheit zu erfassen mußte, sich doch in seiner Einstellung nicht vom revolutionären Kraftzentrum der proletarischen Klasse, dem Klassenkampf und seiner eisernen Konsequenz entfernte. Die Grundlage seiner wissenschaftlichen und politischen Arbeit war die Liebe und Treue zum Proletariat, das Gefühl von der Notwendigkeit der völligen Eingliederung in den proletarischen Herd, nachdem er einmal aus dem bürgerlichen Lager dazu gestiegen war. Der feinfühligsten Künstlernatur Franz Mehring's fiel dies nicht immer leicht in einer Epoche der Arbeiterbewegung, wo kleinbürgerliche Tendenzen sich immer wieder durchzusetzen versuchten und häufig genug nahe dabei waren, die ganze Parteideologie mit ihren einschläfernden oder kritisch zerlegenden Elementen zu durchdringen. So ist der gegen Mehring gerichtete Teil der Rede, die August Bebel auf dem Parteitag in Dresden 1903 hielt, kein Ruhmesblatt in der Geschichte dieses Mannes, zeigt er doch Bebel's Grenzen nach einer Seite hin, die seine Schwäche war, die der Beurteilung feillich komplizierter und politisch nicht auf der Oberfläche liegender Vorgänge. Auch der Streit mit Rautsky, mehrere Jahre später, der nur eine Begleiterscheinung der idealen Lösung des Parteizentrums von der revolutionären Tradition der marxistischen Theorie und von der Linken geforderten Auswertung der Erfahrungen der ersten russischen Revolution darstellte, ist ein unerquickliches Kapitel der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege. Die Differenzen wurden, jenseit der persönliche Anteil in Frage kommt, hinter den Kulissen ausgetragen und endeten damit, daß Mehring von dem Platze verdrängt wurde, von dem er Jahre hindurch die Partei politische Direktiven gab. Mit dem Aufhören der Mehring'schen Spitzenartikell begann der geistige Bankrott der „Neuen Zeit“, den Rautsky, Hermann Wendel und als letzter Erbe Cunow während des Krieges und in der Revolution zu Ende geführt haben.

Wenn man heute noch einen der Jahrgänge der „Neuen Zeit“ von 1890 bis 1912 in die Hand nimmt und Mehring's Spitzenartikel liest, wird man nicht nur einen wertvollen Einblick in diese Zeit, sondern auch neben einer Bereicherung der historischen Kenntnisse in weitestem Umfang fortzeugenden Gewinn für die tätige und prinzipielle Einstellung zur revolutionären Bewegung von heute davontragen. So widerlegt Mehring bereits sechs Jahre vor dem Weltkrieg das Geschwätz vom Angriff- oder Verteidigungskrieg, das später die Voraussetzung und theoretische Begründung für die impotente Kriegspolitik des Parteizentrums werden sollte. So sieht er an der Jahreswende 1905-06, als die russischen Menschen mit der Debatte über bürgerliche oder proletarische Revolution in Rußland die Ergebnisse dieser Revolution zu betwischen suchen, die revolutionären Kämpfe des Jahres 1905 in der historischen Perspektive und zeigt sie in ihrer Bedeutung als Anstalt der sozialen Revolution in Europa.

Auch die späteren politischen Artikel Mehring's, die in der „Leipziger Volkszeitung“ und anderen Parteiorganen sich finden, zeigen dieselben Eigenschaften wie die Spitzenartikel der „Neuen Zeit“: kritisches Urteil, historischen Ueberblick, ehrlichen Willen zur sozialen Revolution. So wandte sich Mehring, ohne selbst Rationalist zu sein, gegen die Art und Weise, wie die Gralshüter des marxistischen Geistes, als die sie sich betrachteten, die Götze, Hülfing, Rautsky und Otto Bauer Rosa Luxemburg's ökonomische Analyse des Imperialismus, das Buch „Die Akkumulation des Kapitals“ in die Erde schieben wollten. So nahm Franz Mehring noch ein Jahr vor seinem Tode den Fehdehandschuh auf, den Ströbel, der russische Menschewist Stein und Rautsky der Diktatur des Proletariats in Rußland hingeworfen hatten. In einem offenen Brief an die Volkszeitung kritisierte er im Sommer 1918 aufs schärfste die durch das Kompromiß von Gotha entstandene unabhängige sozialdemokratische Partei und wies in den letzten Oktobertagen 1918 bei einer Zusammenkunft zu Ehren Siebnachts in der russischen Botschaft in Berlin die Fraktionisten Emil Barth's mit der Bemerkung zurück, daß dieser erst noch beweisen müsse, daß er dem kämpfenden Proletariat einen Dienst geleistet habe, was die russischen Volksgewalt durch ihren jahrelangen revolutionären Kampf bereits getan hätten.

Franz Mehring trat in den letzten Januar Tagen 1919, er beschloß ein Kämpferleben, denn das deutsche Proletariat viel zu danken hat. Man darf von den Herausgebern der Mehring'schen Nachlass erwarten, daß sie das wertvolle und fleißige Material aus der politischen Lebensarbeit Mehring's dem deutschen Proletariat vermitteln und so Franz Mehring das ihm gebührende Denkmal setzen werden.

* Franz Mehring trat am 29. Januar 1919.